

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M., zzgl. Post-
stellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 16,50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Zustellung 21,50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dän-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagendste Komparsen-
tafel 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 3.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Freitag, den 18. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54

Vor den Reichstagswahlen

haben die bürgerlichen Parteien die Aufhebung
der Zwangswirtschaft gefordert und dafür

dem Volke versprochen:

- Billige Kartoffeln
- Billiges Fleisch
- Billige Eier
- Billiges Brot
- Aufblühen der Wirtschaft
- usw. usw.

Nach den Wahlen aber haben sie, trotzdem sie allein in der
Reichsregierung sitzen,

dem Volke gebracht:

- Steigerung der Kartoffelpreise auf 60 Pf. das Pfund
- Steigerung der Fleischpreise auf 25 M. das Pfund und mehr
- Steigerung der Eierpreise auf 4 M. das Stück
- Steigerung des Brotpreises auf 14,50 M. das Loth (wozu
das Reich 10 M. aus allgemeinen Mitteln hinzuzahlt)
- Stillelegung der Betriebe und Arbeitslosigkeit ohne Ende!

Vor den Preußenwahlen

kommen dieselben Parteien mit ähnlichen Versprechungen. Wer will ihnen diesmal wieder auf den Leim gehen?
Jede Stimme für die Deutschnationale oder die Deutsche Volkspartei bedeutet eine Vollmacht für weitere Steigerung
der Lebensmittelpreise, für Arbeiterentlassungen, für Volkseutrechtung, für Verhinderung des Aufstiegs, für
Wiederherstellung der alten Knechtschaft und der junkerlich-kapitalistischen Fron!

Wähler! Gebt den falschen Brüdern den verdienten Fußtritt und wählt sozialdemokratisch!

Die Eisenbahner sollen wählen!

Der Reichsverkehrsminister hat, wie Wolffs Bureau meldet, die
Eisenbahndirektionen angewiesen, dem Eisenbahnpersonal die Be-
teiligung an den Wahlen zum preussischen Landtag in wei-
testem Umfang zu ermöglichen.
Das Personal wird von dieser Anordnung in weitestem Umfang
Gebrauch machen, und zwar wird es in der Mehrheit sozial-
demokratisch wählen!

Deutschnational-kommunistische Athleten.

Mit jedem Tage, den die Wahl näher rückt, wird die
Freundschaft und gegenseitige Bewunderung zwischen Kom-
munisten und Deutschnationalen größer. Wir ziti-
ren zwei Aussprüche prominenter deutschnationaler Ver-
sammlungsredner.

Reinhold Wulle, deutschnationales Reichstagsmitglied, am
4. Februar in einer Wählerversammlung zu Dahlem: „Ein kommu-
nistischer Führer in Erfurt hat mir gesagt, es hätten jetzt nur noch
zwei Parteien in Deutschland Existenzberechtigung, die kom-
munistische und die deutschnationale. Ich möchte hier-
mit erklären, daß ich diese Ansichtung vollinhaltlich teile.“

Staatsminister a. D. Hergt, deutschnationaler Partei-
vorstehender und Landtagsabgeordneter, am 16. Februar in der
deutschnationalen Wählerversammlung im Stadthaus Berlin: „Vor
wenigen Tagen, als ich im Wiegner'schen Bezirk sprach, trat nach mir ein
Kommunist auf und führte in sehr idealistischer Weise, wie es
manchmal Kommunisten tun, die Unterschiede zwischen der äußersten
Rechten und der äußersten Linken aus. Da begann er mit der An-
erkennung: er und seine Leute achten auf uns unsere Ent-
schlossenheit, Energie und Offenheit, mit der wir un-
sere Ziele verkündeten. Da, sie hätten Respekt vor uns; wir wären
wenigstens ganze Kerle. (Heiterkeit.) Was freilich in der Mitte
zwischen den beiden äußersten Lagen, sei schwammig (Sehr richtig!),
und nur wir könnten einen ernsthaften Widerpart abgeben.
Bei ihnen nun fände sich dieselbe Energie.“

Das Ganze erinnert an gewisse Schaubühnen auf Rum-
melplätzen, vor denen zwei „Athleten“ mit Papiermuskeln sich
gegenseitig herausfordern, wobei jeder den anderen über den
grünen Klee lobpreist, damit hinterher sein Sieg um so groß-
artiger erscheine. Das Publikum freilich durchschau den
Schwindel und ruft: Phiole, Falle, Schiebung!

Um aber den tiefsten politischen Sinn dieser Seelenbrüder-
schaft zu begreifen, muß man sich der hier unlängst zitierten
Worte der „Kreuzzeitung“ erinnern, daß die Befestigung der
Sozialdemokratie aus der Regierung leider diesmal so
schwer sei, weil zweifellos eine Verschiebung im sozial-
demokratischen Lager zugunsten der Sozialdemokratie auf
Kosten der Linksradijalen stattgefunden habe. —
Man möchte die unentbehrlichen Linksradijalen gern wieder
ein bißchen hochpöppeln!

Zwei Konfusionsräte.

Die „Rote Fahne“ bringt unter der Ueberschrift „Der Kon-
fusionsrat“ das Bild eines R.A.P.D.-Redners am Pult, der folgen-
des sagte: „Arbeiter! Einerseits bin ich der Ansicht, daß wir jede
Gelegenheit zur Propaganda unserer Ideen benützen müssen. An-
dererseits glaube ich, daß die Wahlbeteiligung Quatsch ist.“

Wir können der „Roten Fahne“ gleich ein Pendant hierzu
liefern. Wir schlagen als solches vor einen Kandidaten der R.A.P.D.
am Rednerpult mit folgender Ansprache: „Einerseits bin ich über-

zeugt, daß der Parlamentarismus Quatsch ist, anderer-
seits bitte ich Euch, mich ins Parlament zu wählen.“ —
Nummer 2 wird noch konfusier wirken als Nummer 1!

Was soll das bedeuten?

Anfragen aus dem Kreise Teltow machten uns darauf an-
merklich, daß die Polizeibehörden ein merkwürdiges
Interesse für unsere Organisationen an den Tag
legen. Sie ersuchten um Angabe der Mitgliederzahlen,
der Namen und Adressen der Vorstandsmitglieder, u. a. mehr.

Wir sind dieser Sache nachgegangen und haben festgestellt, daß
den Ortspolizeibehörden vom Landrat des Kreises Teltow ein
Schreiben zugegangen ist, dessen wesentlichen Inhalt wir im folgen-
den wiedergeben:

Der Landrat Berlin W 1, den 27. Januar 1921
des Kreises Teltow. Viktoriastraße 18.
L. I. 225.

Auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der
Provinz Brandenburg erlaube ich, für den dortigen Bezirk eine
Uebersicht anzulegen über die dort bestehenden politischen
Parteien und wirtschaftlichen Verbände, Namen und Wohnung
der parteilichen Führer, Angabe der Parteibureaus, deren Telephon-
nummern, die Stimmenzahl bei Wahlen, Aufzählung größerer
Fabriken und sonstiger Betriebe, deren Leiter, Angestelltenzahl,
Telephonnummern, zuständige Technische Rathhilfe

Dabei sind ferner anzugeben die bei Unruhen zum Schutz
heranzuziehenden staatlichen Organisationen, wie Reichswehr,
Polizei, deren Führer und Standort, Technische Rathhilfe usw.

Diese möglichst kurz gefaßte Uebersicht, die aber alles wesent-
liche enthalten muß, erlaube ich tunlichst bald einzusenden.
Ferner erlaube ich, Meldungen der lokalen Presse, die einzelne
Ereignisse in ihrem Bezirke betreffen, die für öffentliche Ordnung
von Wichtigkeit sind, mit einem kurzen erläuternden Bericht ver-
sehen, einzusenden. —

An sämtliche Ortspolizeibehörden des Kreises. gez. v. Schenbach.

Wie wir weiter in Erfahrung gebracht haben, ist der Erlaß,
auf den das Schreiben des Landrates des Kreises Teltow Bezug
nimmt, weder vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg,
noch in seinem Auftrage gezeichnet! Die Verordnung trägt viel-
mehr die Unterschrift eines Freiherrn von Dungen und ist
unter Umgehung des Regierungspräsidenten direkt an die Landrats-
ämter mit der Aufforderung gesandt worden, die gewünschten An-
gaben dem Freiherrn von Dungen, Charlottenburg 5, Kaiser-
damm 1, zu übermitteln.

Aus den übrigen Kreisen sind uns derartige Vorgänge bisher
nicht bekannt geworden.

Die Arbeiter empfinden dieses Vorkommnis, ganz abgesehen
davon, daß der Willkür Lär und Lör geöffnet wird, als eine
empfindliche Bedrohung ihrer Rechte. Wittern einzelne Herren
bereits Morgenluft? Rechnet man mit dem Ausscheiden der Sozial-
demokraten aus der Regierung?

Wir empfehlen dem Genossen Sebering die eingehende
Prüfung dieser Angelegenheit. An die Wähler aber richten wir
die eindringliche Mahnung, am 20. Februar ihre Stimme der
Sozialdemokratie zu geben, damit es auch in Zukunft
möglich ist, jeder reaktionären Velleitung, die sich irgendwo in der
Verwaltung bemerkbar macht, entgegenzutreten.

Der Tod des Postlefers. Nach der „Berl. Börsen-Ztg.“ stellt die
Zeitung „Die Post“ zum 1. April ihr Erscheinen ein.

Der 20. Februar und die Republik

Von Eduard Bernstein.

Die lebenswichtigen Fragen, welche durch die Wahl vom
20. Februar für Preußen und weiterwirkend für ganz Deutsch-
land zur Entscheidung kommen sollen, laufen in die eine große
Frage der Befestigung der Republik zusammen. An
ihr hat keine Gesellschaftsklasse ein größeres Interesse, als die
Klasse der Arbeiter in Werkstatt und Kontor, in der Grube
und auf dem Felde, in Verkehrsanstalten und in den Stätten
der geistigen Bildung. Wie die Parteien zur Republik stehen,
danach haben die Arbeiter und alle, die der Partei der Arbeiter
angehören, ihre Stellung zu ihnen zu bestimmen.

Wir haben in den deutschen Ländern, die zusammen die
Reich genannte deutsche Bundesrepublik bilden, wie in dieser
selbst noch nicht die sozialistische, sondern nur erst die demo-
kratische Republik. Wir können aber auch heute noch
nicht mehr haben. Es ist ein Wahnsinn, sich einzubilden, eine
so tiefgreifende Umwälzung, wie sie die Umgestaltung der in
Jahrhunderte während der Entwicklung gewordenen bürger-
lichen Volkswirtschaft und mit ihr organisch verbun-
denen Rechtseinrichtungen in eine sozialistische Gesellschaft be-
deuten würde, könne das Werk einiger Jahre sein. Diese große
Umwälzung kann nur das Ergebnis einer ganzen Reihe von
schrittweise sich vollziehenden organischen Reformen sein. Alle
Versuche, sie durch willkürliche Gewaltakte über Nacht zu ver-
wirklichen, müssen notwendig scheitern und würden statt im
Fortschritt in Reaktion enden. Die organische Entwicklung zum
Sozialismus aber ist in keiner Staatsordnung
sicherer verbürgt, als in der demokratischen Republik.
Es ist keine Uebertreibung, sondern nur die Zusammenfassung
der auf Erfahrung gegründeten Erkenntnisse des wissen-
schaftlichen Sozialismus, wenn man sagt, daß in Ländern
moderner Entwicklung die demokratische Republik den unaus-
rottbarsten, mit der Notwendigkeit von elementaren Kräften sich
durchziehenden Trieb zur sozialistischen Gesellschaft in sich trägt.

Das ureigenste Interesse der Arbeiterklasse, ihre Gegen-
wart wie ihre Zukunft erbeischen die Erhaltung und organisch-
fortschrittliche Weiterbildung der Republik. Und so haben sich
daher die Parteien, die am 20. Februar um die Stimmen der
Wähler kämpfen, ganz besonders auch auf die Frage zu prü-
fen, wie sie zur Republik stehen. Sie ist unter dem Gesicht-
punkt der aktuellen Politik sozusagen die Restfrage des Wahl-
kampfes.

Wie steht es nun da mit den Parteien? Als unverkenn-
bare Feindin der Republik steht die Deutschnationale
Partei da, sobald die Verhältnisse es ermöglichen jeden Augen-
blick bereit, ihr den Dolchstoß zu versetzen. Nicht als offene
Feindin, aber auch nicht als vertrauenswürdige Stütze steht zu
ihr die sich Deutsche Volkspartei nennende Partei der
Nationalliberalen. Sie hat die Republik akzeptiert, weil sie da
ist und die Wiederherstellung der Monarchie vorläufig aus-
sichtslos ist. Aber als die eigentliche Partei der Großindustrie,
der Großbanken und der privilegierten Wissenschaft ist diese
sogenannte Volkspartei im Herzen ebenfalls antirepublikanisch
gesinnt und daher jederzeit fähig, die Republik zu verraten.
Jeder Erfolg dieser beiden Parteien würde eine Schwächung
der Republik bedeuten.

Etwas anders steht es mit Zentrum und Deutsch-
demokraten. Sie haben die Republik nicht bloß deshalb
akzeptiert, weil sie da ist. Sie stehen auch zu ihr, weil sie
wissen, daß die Wiederherstellung der Monarchie in Deutsch-
land nicht möglich ist ohne gleichzeitige allgemeine politische
Reaktion und daß der Versuch der Wiederherstellung auf den
leidenschaftlichen Widerstand der Arbeiterklasse stoßen und
Kämpfe hervorrufen würde, wie sie erbitterter Deutschland
noch nicht gekannt hat, über Deutschland einen Zustand der
Anarchie im schlimmsten Sinne dieses Wortes herausbeschwören
würde. Aber bei alledem ist das Verhältnis dieser Parteien
zur Republik doch nur ein wesentlich äußerliches. Sie ist ihnen
allenfalls Bernunftssache, aber ist ihnen nicht Herzenssache.
Und darum ist nicht darauf zu rechnen, daß sie in Stunden
ernster Gefahr mit Aufbietung all ihrer Kraft für sie kämpfen
werden. Im Gegenteil muß man von einem großen Teil der
Anhängerschaft dieser beiden Mittelparteien gewärtig sein, daß
er in solchen Krisenzeiten die Republik, wenn nicht aus Ber-
rechnung, so doch aus Schwäche, gleichfalls verraten wird.

Aus voller Ueberzeugung, ihrem ganzen Wesen, der
Natur ihrer Politik und Ziele nach republikanisch sind heute
nur die sozialistischen Parteien. Aber sie sind es in ver-
schiedener praktischer Betätigung und daher auch in verschiede-
ner Rückwirkung auf die Entwicklung und innere Festigkeit
der Republik.

Die Kommunisten sind Gegner der demokratischen
Republik, wie diese heute besteht und auch heute nur möglich
ist. Sie wollen nicht durch die organische Entwicklung dieser
Republik zu einer höheren Gesellschaftsform gelangen, sondern
durch ihren gewaltsamen Sturz und eine neue Klassenherr-
schaft, die sie Diktatur des Proletariats nennen. Um der ver-
meintlichen Zauberkraft dieser Diktatur willen stellen sie sich
der gegebenen Republik grundsätzlich feindselig gegenüber. Im
Reich verweigern sie ihr die Mittel der Existenz, bereiten sie

Ihr nach Möglichkeit Schwierigkeiten, spekulieren sie auf die Verschlechterung der Zustände, weil sie von ihr die Herstellung der Situation erhoffen, aus der die erstrebte Diktatur hervorgehen würde. Wohl haben neuerdings Kommunisten in einigen Klein- und Mittelstaaten, wie Sachsen, Thüringen usw. eine der demokratischen Republik günstigere Haltung eingenommen. Aber das sind nur erst Ausnahmen, Schwaben, die wenn sie auch Boten einer Zerbröckelung des kommunistischen Schwarms sind, darum noch nicht den Sommer machen. Für diejenige politische Arbeit, wie die Republik sie für ihre gesunde Entwicklung braucht, ist auf die Kommunisten kein Verlaß.

Nicht viel anders steht es aber heute auch mit den Unabwägigen. Sie sind, nachdem sie neun Zehntel der Moskauer Bolschewisten doktrin akzeptiert hatten, im Angesicht des zehnten Zehntels entsetzt zurückgewichen, haben aber den Weg zur alten sozialdemokratischen Politik noch nicht zurückgefunden. Ohne sich der Republik schlichtlich feindselig gegenüberzustellen, zeigen sie doch keine Bereitwilligkeit, den Notwendigkeiten der Republik die Bequemlichkeiten der Oppositionsstellung zum Opfer zu bringen. Wer aber zu diesem Opfer nicht bereit ist, der ist in bezug auf die Republik immer nur erst ein Halber. In anderem Sinne als bei den Demokraten und Zentrumsleuten, aber darum doch der Sache nach, ist auch bei den Unabwägigen und Kommunisten für den Bestand der Republik kein voller Verlaß. Wenn es zum Neuerstehen kommt, dann werden sie voraussichtlich, das hat ihr Verhalten beim Kapp-Putsch gezeigt, mit ganz anderer Energie als jene den Feinden der Republik Widerstand leisten. Aber alles das zu tun, was notwendig ist, das es gar nicht erst zum Neuerstehen kommt, dazu wollen sie sich nicht entschließen. Sie sehen damit das Schicksal der Republik den Wechselfällen von Zusammenstößen, von denen nur das eine sicher ist, daß sie auf den Fortschritt hemmend und verzögernd zurückwirken, die aber leicht noch weit schwerer wiegende Schädigung der sozialen Entwicklung zur Folge haben können.

In jeder Hinsicht Stütze, ja Pfeiler der Republik ist dagegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die alte S.P.D. Ihre Politik ist auf die Förderung und Sicherung der Republik unter allen Umständen eingestellt, für das Wert der organischen Arbeit in Gesetzgebung und Verwaltung ebenso entschieden wie für die Verteidigung in Augenblicken der Krise. Sie ist, das darf man ohne Ueberhebung sagen, die Partei der deutschen Republik, in dieser Eigenschaft heute auch von allen einsichtigen Politikern des Auslandes anerkannt. Welche Zugeständnisse aber das Ausland Deutschland zu machen bereit ist, wird es nur dem als Republik gefestigten Deutschland machen. Darüber kann niemand zweifeln, wer die Presse des Auslandes aufmerksam verfolgt und Gelegenheit hat, mit sachkundigen Politikern des Auslandes zu sprechen. Nichts Schlimmeres könnte den Deutschen als Ration passieren, als ein Wahlsieg der Partei, die sich deutschnational nennt. Denn daß das Ausland sich durch deren großen Mund einschüchtern lassen würde, kann man nur politischen Kindern einreden. Es würde aus ihrem Sieg vielmehr nur den Schluß ziehen, daß am deutschen Volk Hopfen und Matz verloren ist und es danach behandelt werden muß.

Der Ausgang der Wahl in Preußen, das mehr als drei Fünftel der Bevölkerung Deutschlands umfaßt (37 von 60 Millionen Seelen) wird allerorts als ein Gradmesser der politischen Parteiverhältnisse in Deutschland betrachtet. Es ist daher unter dem Gesichtspunkt der inneren wie der äußeren Politik von größtem Wert für unser Volk und obenan für die deutsche Arbeiterklasse, daß der 20. Februar in Preußen ein Siegestag für die Republik sein wird. Tue jeder noch in letzter Stunde das Seinige, ihn zu einem solchen zu gestalten. Nichts Besseres aber kann der Arbeiter und Sozialist tun, der die Notwendigkeiten und Aufgaben der Zeit erkannt hat, als wenn er bis zum letzten Augenblick für die Partei, mit der das Wohl und Wehe der deutschen Republik aufs engste verbunden ist, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Not, die zum Himmel schreit!

Hunderttausende deutscher Kinder leiden an chronischer Verkümmern infolge Unterernährung. Die Kriegsnot hat sie im Wachstum steh gemacht. Millionen deutscher Frauen wissen nicht, wie sie sich selbst und ihre Kinder mit dem Notwendigsten kleiden und nähren sollen.

Ist das die Not, die zum Himmel schreit?

Keineswegs — es gibt eine noch größere, denn die deutschen Hohenzollern-Anbeter weinen Tag und Nacht bittere Tränen über die Armut und das Elend, das über ihren Wilhelm und seine Familie hereingebrochen ist. Da drückt die „Kreuzzeitung“ heulend folgende Stilleblüte aus dem Blättchen des „Bundes der Aufrechten“ nach:

Wer in Haus Doorn war, erzählt immer wieder von der Enge der Räume, die ja bei der Krankheit der Kaiserin ganz besonders drückend ist. . . . So wurde denn beim Finanzministerium Mitte Dezember die Forderung von Gegenständen aus königlichen Beständen beantragt. Antwort: Glatte Ablehnung. Es erscheine nicht tunlich, die „allgemeine Aufmerksamkeit“ erneut auf „Transporte nach Doorn“ zu lenken!

Da es sich nur um Hausrat einfacher Art handelte, der aber bei dem Gelde in Holland ganz ungewöhnliche Kosten fordern würde, und da ein Transport sehr einfacher Art doch wirklich nicht gerade „aufreizend“ wirkt, so wurde der Antrag bei der roten Regierung erneut gestellt. Die rote Regierung aber antwortete trotz alledem wieder mit einer glatten Ablehnung. . . .

Für Doorn waren erbeten: 18 Tafelstühle, 12 Jugendstuhlbänke, 5 Deckenbänke mit Glaschirmen, 6 Schiffsdeckenbänke, 12 Schirme für Nachtlampen, 1 elektrische Leuchte, 6 Spirituslampen, 12 Wandlampen, 2 Petroleumlampen, 2 Paar Füßstühle, 6 Nachttische, 6 kleine Tische, 2 Wappstuhlleisten, 2 Wappstuhlleisten, 12 Gardinenstangen mit Konsolen, 12 Korbstühle, 100 Seidenschirme für elektrisches Kerzenlicht.

Es ist wirklich wahr: die „Enge der Räume“ im Schloss Doorn — im Niederdeutschen nennt man die Herrensitze vielfach „Haus“ — ist bei der Krankheit der Frau von Hohenzollern so „besonders drückend“, daß man, um Raum zu schaffen, schleunigst noch 18 Tafelstühle, 6 Nachttische, noch 6 Tische und eine Menge Beleuchtungsmaterial fordert, das in Deutschland wohl einigen Dutzend Familien sehr reichlich Licht spenden würde! Die Not ist wirklich groß. . . .

Noch größer ist freilich die Geisteskrankheit jener Anhänger Wilhelms, die in Deutschland mit dem kranken Körper der Kaiserin politischen Schacher treiben. Wie der Deutsche Bauernbund dem V.L. schreibt, wird von der deutschnationalen Volkspartei zu der bevorstehenden Reichs- und Landtagswahl in Ostpreußen folgendes mit Schreibmaschinenschrift hergestelltes Schriftstück verbreitet, das angeblich einen Auszug aus einem Schreiben des Prinzen August Wilhelm darstellt:

„Denken Sie, diese schmachtvolle Regierung will die Ueberführung meiner armen Mutter bei Tage verhindern. Gröner sagt, seine Leute würden streiken; Braun erklärt: Alles wird durch die Reichswehr abgesperrt, damit die Bevölkerung nicht teilnehmen kann. Weismann sagt: Früher hätte man Liebknecht und Rosa Luxemburg auch nicht mit allen Ehren belassen lassen (gelogen, denn Bebel und Singer wurden im Triumph durch den Tiergarten geschleift). Dies muß mündlich schnell verbreitet werden. Bitte, helfen Sie uns dabei, damit in weiten Kreisen diese Schamlosigkeit bald bekannt wird. Ebert erklärt: Sie ist eine preussische Person und geht mich nichts an. — Wie es mir als Sohn dabei ums Herz ist, können Sie sich denken.“

Stets dankbarst Ihr

August Wilhelm, Prinz von Preußen.“

Der Inhalt des Briefes ist selbstverständlich erlogen. Der Verfasser — wir wissen nicht, ob wirklich der August Wilhelm selbst es ist — muß sich bereits heute durch Wolffs Bureau amtlich beschleunigen lassen, daß der Reichspräsident ihm die ihm zugeschriebene Aeußerung niemals gestattet hat. Und die gleichen Erklärungen werden wahrscheinlich bald von den anderen Benannten erfolgen. Es handelt sich bei dem Schriftstück ja auch nur um eine Wahlmache, die um

so schamlos ist, als die Kaiserin noch nicht einmal ist. Man kann das Ableben der „edlen Duldlerin“ augenscheinlich gar nicht erwarten. Welche abgrundtiefe Sehnsucht gesinnung man durch die Fälschung dem Zollernsprößling August Wilhelm unterschiebt, ist den deutschnationalen augenscheinlich gar nicht zum Bewußtsein gekommen.

Aber ein Wort im Vertrauen: Warum suchen sich Wilhelm und seine Söhne nicht endlich eine ehrliche Beschäftigung? Warum wollen sie sich immer noch von hungernden Volksmassen ernähren lassen? Außer dem „Regieren“ haben sie zwar nichts gelernt und das nur sehr schlecht. Aber so mancher Offizier hat heute schon einen bürgerlichen Beruf erlernt, warum suchen sich die Zollern nicht auch Beschäftigung als Handwerker oder als Angestellter?

Düngemittelschieber im ganzen Reich.

Ueber die Verschlebung von Düngemitteln ins Ausland „Alf das Bundespolizeiamt beim Ministerium des Innern mit:

Diese Verschlebung werden bereits seit mehreren Monaten energisch verfolgt und haben zu zahlreichen Festnahmen an verschiedenen Plätzen des Reichs geführt. Unter anderem wurden vor einiger Zeit ein Hilfsreferent der hiesigen Außenhandelsstelle für Chemie namens Rihesfeld und seine Amtsvorgängerin Fräulein Rabeus verhaftet. Die letztere hatte nach ihrem Ausschleiben aus der Außenhandelsstelle mit dem Kaufmann Henrichs in Charlottenburg, Wielandstr. 38, die „American Chemical-Products“ gegründet. Beide betrieben einen umfangreichen Export mit Düngemitteln. Die Ausfuhrbewilligungen „besorgte“ der in die Außenhandelsstelle hineingekommene Rihesfeld gegen entsprechenden Gewinn. Eine Bewilligung aus dieser Quelle ging nach Köln, von da nach Lobberich in die Hände eines Spediteurs und wurde dann in Holland

mit falschen Stempeln

der Eisenbahnüberverwertung versehen. In Köln führte der frühere österreichische Konsul Dr. Belschowski die notwendigen Geschäfte. Wegen dieser Vorgänge schwebt gerichtliche Verurteilung in Köln. Ein großer Teil der Beschuldigten befindet sich in Haft. In Frankfurt a. M. wurde vor kurzem der Kaufmann R. Rothschild wegen Verschlebung von Chemikalien nach Holland dem Richter vorgeführt, aber gegen eine Sicherheitsleistung wieder in Freiheit gesetzt. Rothschild benutzte nicht gefälschte Ausfuhrbewilligungen, sondern sogenannte statistische Erklärungen, die von den Zollämtern auf Grund vorgelegter Einfuhrbewilligungen ausgestellt werden. In dieser Angelegenheit wurden im Hamburger Hafen

große Mengen von Chemikalien und Medikamenten beschlagnahmt, die teilweise von einer süddeutschen Großbank beliehen sind. Wegen ähnlicher Verschlebung, in die Beamte der Kollindurie Mitteldeutschlands verwickelt sind, befindet sich ferner ein Kaufmann Sattler im Berliner Untersuchungsgefängnis. Auch gegen die Firma Roos u. Co. in Berlin, Bohrerstr. 15, schwebt ein Verfahren wegen verbotener Ausfuhr von Chemikalien nach Amerika auf Grund gefälschter Ausfuhrbewilligungen.

Reaktionäre Demunziantenmache. Wir haben schon wiederholt Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß die Reaktionäre in Ermangelung einer sachlichen Wahlparole zu den niedrigsten Verdrüßigungen greifen und auf Grund dunkler Angelegenheiten die Amtsführung der ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister zu distrahieren suchen. Mit besonders plumpen Mitteln geht die „Deutsche Zeitung“ ins Gefecht. Sie behauptet, daß unter der Leitung Robert Schmidts, natürlich unter Aufsicht des Herrn Staatssekretärs Hirsch ein Lebensmittelinfuhrgeschäft mit Belgien gemacht worden sei, bei dem das Reich einen Verlust von 175 Millionen Mark erlitten habe. Dieser Betrag ist von der Eisenbahnverwaltung Eberfeld, nicht vom Genossen Robert Schmidt abgeschlossen worden durch einen Vertreter des preussischen Verkehrsministeriums, das zur damaligen Zeit (30. Juni 1919) nicht in sozialdemokratischen Händen war. Staatssekretär Hirsch war, wie schon bei anderer Gelegenheit festgestellt wurde, im Ernährungswesen niemals tätig, sondern der konservative jetzige Entlastungsminister Dr. Peters. Es ist ja anzunehmen, daß der Reichsernährungsminister sich bis nach den Wahlen Zeit lassen wird, um die Angelegenheit sachlich aufzuklären. Wiewohl wird sich bei dieser Aufklärung auch herausstellen, durch welche Hände derartiges zweifellos rein amtliches Material zur „Deutschen Zeitung“ gelangt ist.

Die Kultur als Kollektivarbeit.

Von Peter Krapotkin.

Krapotkin wird — vorläufiglich — in zwei Werken veröffentlicht: der vierteilige populäre Geschichte der französischen Revolution und in dem auf einhundert Studien beruhenden Buche „Gegenseitige Hilfe“, worin er nachzuweisen sucht, daß in der ganzen lebenden Natur ein gegenseitiges Hilfsverhältnis besteht und über dem Kampf ums Dasein ein gemeinsames Ziel steht. Seine wissenschaftlichen Ideale hat er in dem „Wohlfahrt für alle“ entwickelt, einer edlen Utopie, aus der wir eine Probe geben.

Es gibt nichts, und sei es ein Gedanke oder eine Erfindung, was nicht Kollektivarbeit wäre, was nicht in der Vergangenheit und der Gegenwart zugleich seinen Ursprung hätte. Tausende von Erfindern, bekannt oder unbekannt, gestorben im Uerd, haben die Erfindungen dieser Maschinen, in denen der Mensch von heute sein Genie bewundert, vorbereitet. Tausende von Schriftstellern, Dichtern und Gelehrten haben an dem Aufbau unseres Wissens, an der Beseitigung der Irrtümer, an der Schaffung jener wissenschaftlichen Atmosphäre, ohne welche keines der Wunder unseres Jahrhunderts hätte in Erscheinung treten können, gearbeitet. Aber diese Tausende von Philosophen, Gelehrten, Erfindern sind selbst wieder nur durch die Arbeit vergangener Jahrhunderte angeregt worden. Sind sie nicht während ihres Lebens ernährt und erhalten worden (in körperlicher wie geistiger Beziehung) durch Legionen von Arbeitern und Handwerkern aller Art? Haben sie nicht ihre treibende Kraft aus ihrer ganzen Umgebung geschöpft?

Das Genie eines Savin, eines Mayer und eines Gröbe haben sicherlich mehr dazu getan, die Industrie auf neue Bahnen zu lenken, als alle Kapitalisten der Welt. Aber diese Genies sind selbst wieder nur die Kinder der Industrie, nicht weniger als die der Wissenschaft. Denn es war notwendig, daß Tausende von Dampfmaschinen von Jahr zu Jahr unter aller Augen die Wärme in dynamische Kraft und diese wieder in Schall, in Licht und in Elektrizität umsetzten, bevor diese genialen Geister den mechanischen Ursprung und die Einheit der physikalischen Kräfte proklamieren konnten. Und wenn wir, die Kinder des 19. Jahrhunderts, endlich diese Idee begriffen haben, wenn wir verstanden haben, sie praktisch zu verwenden, so rührt dies wieder nur daher, weil wir durch die Masse der Erfahrungen aller früheren Tage sofer gestiftet wurden. Die Denker des vorletzten Jahrhunderts hatten sie gleichfalls erfährt und ausgesprochen: aber sie waren unbegriffen geblieben, weil das 18. Jahrhundert nicht wie wir mit der Dampfmaschine aufgewachsen war.

Man denke nur, wie lange Jahre noch in Unkenntnis jenes Gesetzes, welches uns erlaubte, die ganze moderne Industrie zu revolutionieren, verfloßen wären, wenn nicht Watt in Soho Arbeiter gefunden hätte, die geschickt genug waren, seine theoretischen Anschlüsse in Metallkonstruktion und in vollendeter Form aller Teile auszuführen, und so den Dampf, eingeschlossen in einem vollständigen Mechanismus, gelehriger wie das Pferd, fügamer wie das Wasser, zur Seele der modernen Industrie gemacht hätten.

Jede Maschine hat die gleiche Geschichte: eine lange Geschichte erfolglos durchwachter Nächte, von Enttäuschungen und Freuden, von partiellen Verbesserungen, ausfindig gemacht durch mehrere Generationen unbekannter Arbeiter, welche der primitiven Erfindung jene kleinen Unbedeutendheiten hinzufügen sollten, ohne welche die fruchtbarste Idee unfruchtbar geblieben wäre. Ueberhaupt jede neue Erfindung ist eine Spinnweb — ein Resultat von tausend vorgegangenen Erfindungen auf dem unermesslichen Gebiete der Mechanik und Industrie.

Wissenschaft und Industrie, das Wissen und seine Anwendung, Erfindung und ihre Verwirklichung, die wieder zu neuen Erfindungen führt, Gehirnarbeit und Handarbeit — Gedanke und Muskelanstrengung — alles steht in inniger Verbindung. Jede Entdeckung, jeder Fortschritt, jede Vermehrung des Reichtums der Menschheit hat seinen Ursprung in der Gesamtheit von Hand- und Hirnarbeit der Vergangenheit und Gegenwart.

Die Besetzung Krapotkins. Aus Rostau wird gemeldet: Am 13. Februar fand in der roten Hauptstadt die feierliche Besetzung Krapotkins statt. Die Besetzung war mit einem Vortrag nach Rostau gebracht und im Gewerkschaftshaus ausgestellt worden. Aus allen Teilen Russlands waren Abordnungen revolutionärer und wissenschaftlicher Organisationen herbeigeeilt, die Kränze am Sarge niederlegten. Der Leichenzug, der sich zu einer großartigen Massenkundgebung der Rostauer Bevölkerung gestaltete, wurde angeführt von den Vertretern des Sowjets aller sozialistischen und revolutionären Parteien, den Vertretern der wissenschaftlichen Institute und der russischen Studentenschaft. Die Massen bildeten ein meilenlanges Spalier zum Friedhof. Tausende von Arbeitern und Studenten schlossen sich dem Trauzuge an. Am Grabe sprachen die Vertreter aller revolutionären Parteien, des Rostauer Sowjets, der wissenschaftlichen Institute, der revolutionären Künstler u. a. m. Für die Anarchisten Amerikos nahm Emma Goldman das Wort. Nach der Beerdigung schloffen sich die Teilnehmer wieder zu einem imposanten Zug zusammen, der unter Absingung revolutionärer Lieder durch die Stadt zog.

Neues Operettentheater: „Der lachende Chemann“. Es ist so schön, wenn man von Zeit zu Zeit die Wutkrallen einziehen und sich mit dem Publikum so herzlich freuen kann. Ein solcher Lichtblick ist Edmund Gyslers „Der lachende Chemann“. Der Text von Justus Brammer und Alfred Grünwald ist im ersten Akt eine geistreiche Bauderel, die im zweiten überraschend zu einem tragischen Konflikt hindrängt. Alles mit wienerschem Gefühl und dem darauf bald leise-diskret, bald energisch-explodierendem Humor. Die Musik ist auch dem Rang nach Gyslers ersten Werken zu zählen. Zwar dem Originalquell entspringt auch sie nicht, zu viel Bekanntes und aus zweiter Hand drängt sich ein. Aber wie Gysler das sagt, das ist doch ganz anders. Das Weindlitz a. B. darf größter Verdienst sicher sein. Die einschmeichelnde Instrumentation, feinste Wiener Laute, schmacht dem vermögtesten Gaumen wie dem anspruchslosen.

Unter den vielen Wienern, die teils als Gäste, teils als Mitglieder das Milieu tadellos vertraten, leuchtete der Liebhaber der Wiener und Berliner Friß Werner turmhoch empor. Die Bombenpartie, die auf allen Grenzgebieten sich bewegt, vom tragischen bis zum schnurrig-poffenhaften, scheint ihm absolut auf den Leib geschrieben. Auch als Regisseur war der einträgliche Künstler, der noch eine gerühmte Rede schmettete, auf derselben Höhe. Marie Hoffmann war vor einem Dutzend Jahren der schöne Star des Theaters des Westens; sie ist stimmlich doch nicht ganz unverbraucht, wenn auch eine Indisposition in Rechnung gezogen werden muß. Aber der Gesamteindruck ist gut. Baldi Augustin, die wahrhaft göttliche Lucinde, Albert Paulig, Ludwig Herold, Bill Flohrs apparte, feinnervige Weita und Ernst Wurms er reihen sich würdig an. Dr. Egon Reumann hatte das Orchester und die Sänger vollständig in der Hand. H. M.

Die Reform des Urheberrechts. In einer Sitzung des Unterausschusses des Reichswirtschaftsrats zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit wurde der Plan einer durch Reichsgesetz einzuführenden Kulturabgabe behandelt. Der Berichterstatter Dr. Köhler führte aus, daß durch diesen Plan eine dauernde Sicherstellung der künstlerischen Arbeit, nicht etwa nur eine vorübergehende Kostensaktion bezweckt sei. Eine Reform des Urheberrechts zum Wohle der geistigen Arbeit und damit zur Hebung von Kunst und Kultur hat einzusetzen. Eine Kulturabgabe von 10 Proz. muß erhoben werden, die in eine allgemeine Kulturkasse fließt. Der Ertrag wird von einem aus Autoren aller Kunstgebiete zusammengesetzten Selbstverwaltungskörper für folgende Zwecke verteilt: 1. Unterstützung verdienter bedürftiger Autoren; 2. Veröffentlichung wertvoller neuer Werke; 3. Verbreitung solcher Werke in den weitesten Bevölkerungskreisen zu billigen Preisen.

Um eine unnötige Belastung der Bevölkerung durch die Kulturabgabe zu vermeiden, muß erstens eine Umgestaltung der Luftverkehrssteuer und zweitens eine Reform des Sortimentshandels eintreten, dem heute der größte Anteil an einem Werke zufällt. Dieser unheilbare Zustand bedarf noch einer eingehenden Prüfung im Ausschuss. Die allgemeinen Folgen, die eine gesetzgebende Kulturabgabe hervorruft, sind eine Art von geistiger Revolution, die das unterlegene Deutschland als Bekundung seines geistigen Lebenswollens den Siegerstaaten vormemimmt.

Dieser Plan wird von einer engeren urheberrechtlichen Kommission weiterbearbeitet werden.

Caruso's Bekunden soll sich gebessert haben. Es besteht Hoffnung auf seine Wiederkehr.

Der eingeleitete „Reigen“. Die Wiener Polizeidirektion hat die weitere Aufführung von Schillers „Reigen“ in den Kammertheatern mit Rücksicht auf die Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten. Wir halten den „Reigen“ für eine Angelegenheit, die nicht auf die öffentliche Bühne gehört. Aber das den Kabarettentanten zu Willen gehandelt wird, ist wenig erquicklich. Der Verfasser hätte, anstatt die Konjunktur anzukämpfen, sein Stück zurückziehen sollen.

Schließung der Rines in Düsseldorf. In Düsseldorf soll in den nächsten Tagen die bereits in einer am 2. d. R. abgehaltenen Protokollversammlung angeordnete Schließung der Rines zum Ende sein. Gegen die Erhöhung der Luftverkehrssteuer auf 80 Proz. durchgeführt werden. Die Kündigung der Angestellten ist bereits erfolgt.

für belegene Toilette aufsuchen wollen, dabei aber entdeckt, daß die Treppentür aufstand. Im selben Augenblick sei ein Mann auf sie zugetreten und habe sie sofort mit den Worten: „Ruhig, oder ich mache Dich kalt!“ angefahren. In ihrer ersten Angst sei sie davon gelaufen und, trotzdem sie noch nicht angekleidet war — sie trug über der Wäsche nur den Mantel — die Treppe hinauf auf den Dachgarten gelaufen. Dort habe sie sowohl nach der Königgräzer Straße zu wie auch nach dem Halleischen Tor um Hilfe gerufen. Es habe sie jedoch niemand gehört und sie sei dann nach einer Weile, als es sie in der notdürftigen Kleidung gefahren habe, wieder in die Wohnung hineingegangen. In dem Glauben, der Eindringling sei wieder verschwunden, habe sie sich an die Arbeit gemacht. Ganz unerwartet sei ihr dann ein Sack über den Kopf gezogen worden und dann habe sie den Schlag über den Kopf erhalten. Den ihr angeblich unbekanntem Mann beschreibe sie als mittelgroß mit schwarzem Schnurrbart, der einen großen schwarzen Hut und schwere Stiefel trug. Nach dieser Darstellung des Mädchens muß es sich um einen Einbrecher handeln, der von ihm gestört worden ist. Gestohlen ist aber gar nichts, obwohl in dem Bureau eine Kassetten auf dem Tische stand. Die Angaben der Ueberfallenen werden als wenig glaubwürdig beurteilt. Auch die Erzählungen, die das Mädchen dem Rechtsanwalt und seiner Frau über seine Kirchgänge und seine Besuche des Jungfrauenvereins gemacht hätten, haben sich als unwahr herausgestellt. Auffällig ist es, daß der Mann, der sich bei dem Ueberfall unbedingt stark mit Blut bedeckt haben muß, nirgends gesehen worden ist.

Küchenabfälle und Milchnot.

Man schreibt uns: In dem Artikel „Die Milchnot“ in Nr. 57 vom 4. Februar wird von Seiten des Milchamts Klage darüber geführt, daß die Sammlung der Küchenabfälle nachläßt und dadurch die Milchversorgung der Stadt gefährdet wird. Das ist soweit ganz richtig. Woran liegt aber das Nachlassen der Sammlung?

Die Küchenabfälle fallen auf den Höfen in besonderen Behältern gesammelt werden, um von den Molkereibesitzern abgeholt und an die Mischkäse verfrachtet zu werden. Woraus bestehen aber diese Küchenabfälle? Wie die dafür in Betracht kommende Verordnung belagt, aus Kartoffelschalen, Brot, Fisch, Fleisch, Suppen, Kuchenresten usw. Es ist klar, daß diese Zusammenlegung kaum für Schweine, geweihte denn für Mischkäse verwendbar ist. Wenn wirklich ab und zu brauchbare Abfälle vorhanden sind (es kommen eigentlich nur Kartoffelschalen in Betracht), so ist es doch in den einzelnen Stadtteilen sehr verschieden, inwieweit eine Moller Viehstall im Ueberflusse vorhanden, der andere aber garnichts. Diese Sammlungsabfälle bringt aber auch eine große Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung in sich. Denn, besonders in der warmen Jahreszeit, gehen diese Abfälle sofort in Fäulnis über, und bieten den Ratten, die in Berlin schon geradezu eine Plage sind, willkommene Nahrung. Da Ratten bekanntlich gefährliche Seuchenüberträger sind, wird die Seuchengefahr durch diese Sammlungsmethode geradezu bedingt.

Das Milchamt bemängelt es, daß in Lichtenberg die Schalen durch Händler gesammelt werden und daß deshalb dort die Einführung der Sammlung nach Berliner Muster angeordnet. Sehr zum Schaden der Allgemeinheit. Die Hausfrauen erhielten dort von Händlern Holz für Schalen, die sich in lauberen Zustände befinden mußten. Die ortsanfässigen Moller hatten mit diesen Händlern Verträge abgeschlossen, daß die Schalen nur an diese abzugeben seien, natürlich gegen ein angemessenes Entgelt. Die Händler hatten dann ihrerseits so reichlich Schalen, daß sogar Berliner Moller von ihnen geliefert werden konnten. Trotzdem also in Lichtenberg die Schalen gekauft werden mußten, war der Milchpreis dort nicht höher als in Berlin.

Wir geben diese Aufsätze wieder, ohne uns mit ihr in allen Punkten zu identifizieren. Vielleicht ließe sich durch eine bessere Einteilung die Qualität der Abfälle erhöhen. Der freie Handel der Abfälle erscheint uns aber nicht als der richtige Weg, um allgemein zu einer Steigerung des Milchnotums zu gelangen.

Stehle mit Zweck!

Dieser Wahnwitz gehört in die Wagen unserer Stadt- und Ringbahn. Wo man früher harmlos vergnügt die Hundesteile für „Reisende mit Dungen“ einrichtete und sich vernebelte hemmte, die Radfahrsteile für „Reisende mit Knochen“ umgestaltete, so hat man heute die ledernen Fensterrahmen für Staubfänger requiriert und nachher aus den häßlichen Holzrahmen gemacht. Die Wandpläne des Bahnweges wurden mit Recht entfernt, denn „Schmüde dein Heim!“ ist die Parole. Soweit, so gut. Aber was hat es für eine tiefere Berechtigung, die neuen Pappstreifen einer neuen Zigarettenpackung sofort abzureißen und so die letzten paar Firmen von bestmühlsamem Material in der Stadtbahn abzugeben? Es kann doch nicht etwa der Stein des Anstoßes gewesen sein, daß die Zigarette „Eber Vey“ heißt, welcher Name laut Plakat für besonders Güte bürgen soll; Eber Vey war der Verbündete Wilhelm's, er ist heute der Allierierte Trojans — also was kann man gegen ihn einwenden. Und was kann schon gar die Wappe dafür?

Fräulein Referendarin im Moabitser Gericht.

Die erste preussische Referendarin, Fräulein Dr. jur. Edith Eymann, hat gestern ihren Vorbereitungsdienst im Bezirk des Kammergerichts angetreten. Sie ist dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg überwiesen worden, wo sie zunächst 3 Wochen in der Straf-Abteilung bei dem Gerichtsassessor Dr. Chledowsky arbeitet.

Ein Weltgänger verhaftet.

Durch Zusammenarbeit Pariser und Berliner Kriminalbeamten ist es gelungen, einen langgesuchten internationalen Hochstapler und Banketrüger, der Millionenwerte erbeutet hat, in Hamburg festzunehmen. Es handelt sich um einen Armenier, den 29 Jahre alten, aus Smyrna gebürtigen Andrej Florian Digran, der zuletzt unter dem Namen „de Parmas“ große, kassieren erregende Schwindelbeute begangen hat.

Digran, der bei den Dazartistenmädchen in Smyrna erzogen worden ist und über sehr gute Sprachkenntnisse verfügt, hat ein sehr gewandtes Auftreten. Trotzdem wurde einwandfrei festgestellt, daß er im Juli vergangenen Jahres in Paris nicht einen Sou in der Tasche hatte. Durch Vermittlung eines Landsmannes fand er zunächst Anstellung bei der Red Star Line. Schon ganz kurz darauf aber war er Besitzer eines eleganten Luxusautos, machte häufig Luftfahrten nach Brüssel und Antwerpen, und hatte bei einer Pariser Bank über 220 000 Franks. Seine Reichthümer erwarb er zunächst durch einen

großangelegten Emigranten-Schwindel

vom August bis Oktober vorigen Jahres in Paris. Mehr als 250 auswanderungslustige Polen und Russen hat er um 1000 und 1500 Franks betrogen, indem er ihnen verspiegelte, er werde ihnen dafür Fahrkarten nach Amerika besorgen. Am 16. Oktober fuhr er nach Lüttich, um dort seine Schwindelbeute fortzuführen. Unter dem Namen de Parmas schwindelte er in Paris

Juwelen im Werte von 500 000 Franks

heraus. Unter Beilegung verschiedener falscher Namen reiste er zunächst nach Italien und dann von dort nach Berlin. In den meisten Fällen gab er sich als Botschaftssekretär aus, da er entsprechende Papiere in Paris gestohlen hatte. Er wohnte nur in den allerersten Hotels, war ständiger Gast in den Salons der Welt und auch

häufiger Besucher von Spielclubs.

Pariser Kriminalbeamten, die keine Spur verfolgten, kamen eigens hieher und legten sich sofort mit der hiesigen Kriminalpolizei in Verbindung. Beamten des Dienstbüros B II. 1 gelang es in ganz kurzer Zeit, seinen Aufenthalt zu ermitteln. Der Hochstapler hatte aber, do er sich auch hier nicht mehr sicher fühlte, Berlin wieder verlassen. Wie festgestellt wurde, hatte er eine

Fahrtkarte nach Villingen

bestellt und dann das Automobil, das ihm ständig zur Verfügung stehen mußte, vom Hotel aus durch den Förstner nach dem Potsdamer Bahnhof dirigieren lassen. Nachforschungen ergaben jedoch, daß er den Kraftwagen nach dem Dehler Bahnhof hatte fahren lassen. Daraus wurde geschlossen, daß er sich zunächst nach Hamburg gewandt

habe, und ein Berliner und ein Pariser Kriminalbeamter fuhrten sofort dorthin. Es gelang auch, ihn dort in einem der ersten Hotels zu verhaften.

Der Verkauf von zerleinertem Brennholz

(Stammholz) im Kleinhandel in Mengen von weniger als $\frac{1}{2}$ Raummeter ist nur im 8-Schnitt (etwa 25 Zentimeter Länge) oder 4-Schnitt (etwa 20 Zentimeter Länge) in getrockneten Reihbänken von 0,2, 0,1, 0,5 und 0,2 Quadratmeter zulässig. Bündelholz, Annaholz und Kuchendolz darf im Kleinhandel nur im 6-Schnitt (etwa 14 Zentimeter Länge) in getrockneten Reihbänken von 0,02 Quadratmeter verkauft werden. Der Verkauf in anderen Schnitten und in anderen Mäßen, insbesondere nach Gewicht, Kiepen und dergl. ist verboten. Studien und Holzabfälle dürfen nach Gewicht verkauft werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Näheres ergeben die Säulenansätze.

Papierzuschlag auf Postkarten.

Nach einer mit Zustimmung des Reichsrats vom Reichspostminister erlassenen Verordnung werden fortan die mit dem Freimarkensystem versehenen Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe mit einem Zuschlag für die Papierkosten verkauft, weil diese Kosten sich erheblich gesteigert haben und in den Beförderungsgebühren keine Deckung mehr finden. Der Zuschlag beträgt für Postkarten und Postanweisungen fünf Pfennig, für Kartenbriefe zehn Pfennig.

Gesangsaufführungen von Gemeindefchulkindern.

Am 27. Februar und den darauffolgenden drei Sonntagen im März finden im Jirkus Busch Gesangsaufführungen von 2000 Gemeindefchulkindern statt. Aus über 100 Berliner Gemeindefchulen sind die besten Sänger und Sängerinnen zu einem Chor bereinigt, der unter der Leitung des Direktors des Domchor, Professor Hädel, eine Reihe vierstimmiger Lieder zu Gehör bringt, darunter auch mehrere bisher unbekannt von Wihl. Berger, Paul Rütze u. a. Aufführungen wie diese hat der jetzt aus dem Amte scheidende Stadtdirektor Geheimrat Dr. Fischer zuerst im Jahre 1900 und seitdem von drei zu drei Jahren veranstaltet. — Karten zum Preise von 1 R. bis 50 R. bei Vothe u. Voß und an der Theaterkasse bei Wertheim, und, soweit noch Karten verfügbar sind, vor der Aufführung, die um 11 Uhr vorm. beginnt, an der Kasse. Der Reinertrag ist für die Zwecke der Jugendwohlfahrt bestimmt.

Auch die Theater-, Film-, Kabarett-, Schenken- u. genehmigungspflichtig. Durch Verordnung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sind alle Schulen, in denen Unterricht für Theater, Oper, Film, Kabarett, Varieté und Ballett erteilt wird, genehmigungspflichtig geworden und für den Stadtkreis Berlin der Aufsicht des Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt. Dasselbe gilt auch für den Einzelunterricht für Theater, Oper, Film, Kabarett, Varieté und Ballett. Alle Personen, die den in Frage kommenden Unterricht erteilen, werden aufgefordert, bis zum 15. März 1921 beim Polizeipräsidenten zu Berlin (Abteilung III) die erforderliche Genehmigung nachzusuchen.

Milchlieferung. Am 18. Februar werden die $\frac{1}{2}$ -Liter-Kranzarten-Laktin nicht geliefert. Die $\frac{1}{2}$ -Liter-Kranzarten werden voll geliefert. Am 19. Februar erhalten die $\frac{1}{2}$ -Liter-Kranzarten nur $\frac{1}{2}$ Liter Milch, die $\frac{1}{2}$ -Liter-Kranzarten werden voll geliefert. Die übrigen Lieferungen bleiben wie bisher.

Eine Gehalts- und Lohnzahlungstabelle in im Verlag von Fern. Mele, Berlin-Lichterfelde, Auguststraße 2, für sämtliche beschäftigte Angestellte und Arbeiter erschienen. Die Karte dürfte Schächern und Firmen bei der letzten komplizierten Lohnberechnung vorzügliche Dienste leisten. In einem Kartblatt des Verfassers wird dargelegt, wie sich mit Hilfe der Karte Bindungs- und Schreibarbeit bedeutend vereinfachen läßt. Der Verleger übernimmt Interessenten Muster der Lohnzahlungstabelle nach Entsendung von 2 R. (Vorkosten) Berlin 107750.

Das Sommersemester der Verwaltungs-Akademie beginnt am 1. April 1921 in der Friedrich-Wilhelm-Universität. Von den Vorlesungen über Staats- und Rechtswissenschaften sind besonders zu nennen: Rechtslehre Dr. Eubertus; Theoretische Nationalökonomie; Prof. Dr. Schmidt; Die Theorie des Sozialismus; Ministerialrat Dr. Bonitz; Die Bodenpolitik in Reich, Staat und Gemeinde; Dr. Eberhard Schmidt; Reichsgeschichte und Kriminalpolitik; Staatsminister, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Drems; Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaft; Universitätsprofessor Dr. Kassel; Grundzüge des Arbeitsrechts; Professor Lampe; Ethik, Politik und Verkehrsgeographie; Daneben sind vorzulegen: Rechnungen und Sonderverordnungen für Finanz-, Steuer-, Justiz-, Kommunal-, Eisenbahn-, Post-, Telegraphen-, Sozial- und Reichsbahnbeamte. Die Anmeldung erfolgt vom 20. Februar ab in der Geschäftsstelle der Verwaltungs-Akademie, Charlottenstr. 50/1.

Das Märkische Museum bleibt am Wahltag, Sonntag, 20. Februar 1921, für die Besichtigung geschlossen.

Groß-Berliner Parteianrichten.

Achtung, Abteilungsleiter! Agitationsmaterial zum Sonntag und zum Wahltag ist noch im Sekretariat, in den Zellen 23, vorrätig. Bitte abholen. Ebenso die Listen zur Feststellung des Wahlergebnisses.

Die noch fehlenden Wahlbüros sind bis heute mittag telefonisch anzugeben. Anderenfalls ihre Bekanntgabe nicht erfolgen kann. Der Bezirksvorstand.

Heute, Freitag, den 18. Februar:

- 14. Ubr. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Schuder, Rübendorfer Str. 3. Genossen, welche sich zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen, bitte dort zu melden.
- 10. Ubr. (Kleberhof) abends 7 1/2 Uhr in Wolkeins Pulgarton, Wähler-Versammlung. Referent: Friedrich Barthe, Mitglied des Parteivorstandes. „Die politische Lage und die Parteien zu den Wahlen am 20. Februar.“ Jungsozialisten. Schlußliche Ortsgruppen beteiligen sich an den Wähler-Versammlungen der Partei. — Eine halbe Stunde vor Beginn treffen sich zwei Einteilung zur Wahlhilfe zum 20. Februar die Mitglieder der Gruppe Kaden: Sophienstraße, Sophienstraße. — Gruppe Ost: Postbureau, Fildstraße 23. — Gruppe Richterstraße: Realgymnasium, Trossatstraße.

Morgen, Sonnabend, den 19. Februar:

- Abend 1 (Mitte) nach 8 1/2 Uhr im „Barockhaus“, Alte Schützenstr. 22/24. Sitzung des Abteilungsleiters mit dem Bezirkskomitee.
- 5. Ubr. Genossen, welche zur Wahlarbeit nicht eingeladen sind, treffen sich abends 7 Uhr im Wahlbureau bei Reuter, Hauptstr. 23.
- 9. Ubr. abends 7 Uhr bei Götter, Rottbuser Ufer 24/40 (Kantine), Sitzung ständiger Funktionen. Wohlthäter sind eingeladen.
- 14. Ubr. Funktionen und Wahlhilfe! 1. u. 2. Gruppe: Materialausgabe ab 8 Uhr Immanuelstr. 24. Dasselbe Treffpunkt aller noch nicht eingeladenen Genossen. — 3. Gruppe bei Schwabner, Reingarten Str. 2.
- 14. Ubr. (Sonderst.) abends 8 Uhr bei Kirchner, Kaiser-Wilhelm-Str. 23. Treffpunkt ständiger Wahlhilfe.
- 15. Ubr. (Kleberhof) abends 7 Uhr bei Reuter, Kaiser-Friedrich-Str. 23. Ausgabe des letzten Propaganda. Um 8 Uhr Vorhauseingang.
- 18. Ubr. (Sonne) nach 4 Uhr ab Flughafen- und Stimmzettelerhebung nach Karl Vetter, Reichenstr. 109, sowie Ausgabe des Materials und letzte Vorbereitung zur Wahl.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Die Sitzung fällt heute wegen der Wahlarbeit aus.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Club-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zellen 22, Freitag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Ort: Jugendheim, Ediger Straße 122, Wilmersdorf. — Kreisjugend (NW. 23 Club) — Jugendheim, Auguststr. 52, Dönhofsgebäude. — Postkammer.

— Osten (Vereinsbesucher) — Jugendheim Schule Straßmannstr. 8, Freitag: „Was ist utopischer Sozialismus?“ — Ostern: Jugendheim Schule Wollenstr. 121, Diskussionsabend: „Die Wandern mit?“ — Reinholdstr. 101, Jugendheim Wofat Reibergstr. 120/21, Vortrag: „Schiffbau auf hoher See.“

Berichtszeitung.

Wie Schieberware nach Berlin kommt.

zeigte eine Verhandlung, welche den Lademeister August Brimke unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung, der Bestechung und der Beauftragung von den Strafrichtern führte. — Der Angeklagte war Lademeister bei der Gepädabfertigungsstelle des Bahnhofs Zoologischer Garten und hatte als solcher die Gepädträger zu beaufsichtigen und die sogenannten Ladelisten aufzustellen. Schon vor längerer Zeit war es den Ueberwachungsbeamten zu Ohren gekommen, daß Butter, Zucker und Mehlhändler sich der Mithilfe des Angeklagten bedienten, um ihre Schieberware unbehindert durch die Kontrolle zu bekommen. Eine längere Beobachtung ergab, daß der Angeklagte mit einem gewerkschaftlichen Schieber in Verbindung stand, der ihn mit Butter, Zucker, Mehl, Eiern, Schinken usw. in Hülle und Fülle versorgte. Hierfür nahm Brimke die sogenannten Eggefahrten des Schiebers in Empfang, unterschrieb sie mit einem fingierten Namen und ließ die Schieberware durch die „Bz. Bz.“ an die Adresse seines bei ihm wohnenden Schwiegerohnes senden, wo sie der Schieber dann abholte. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß sich in letzter Zeit die Fälle häufen, in denen Eisenbahnbeamte mit den Schiebern Hand in Hand arbeiten, 9 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Demgegenüber machte Rechtsanwalt Dr. Frey als Strafmildernd geltend, daß die geringe Bezahlung der Beamten sowie eine durch Krankheit in der Familie verursachte Notlage der Grund sei, daß der Angeklagte auf die schiefte Ebene geraten sei. Das Gericht kam auch zu einer milden Beurteilung der Tat des Angeklagten, indem es auf 4 Wochen Gefängnis bei bedingter Beantragung erkannte, unter Freisprechung von der Anklage der Urkundenfälschung und der Urkundenfälschung.

Aus aller Welt.

Die Tragödie von Klepelsdorf.

Die Untersuchung geht dahin, ob der verhaftete Peter Gruben die Schüsse selbst abgegeben hat, oder ob er durch hypnottische Einwirkung auf seine 12jährige Stieftochter Ursula Schade diese dazu gebracht hat, Fräulein Dorothea Rohrbach und dann sich selbst umzubringen. Der Brief, der bei Ursula Schade vorgefunden wurde und in dem sie bekennt, sich selbst und ihre Kusine erschossen zu haben, wird von den Schreibhelferinnen genau geprüft werden, jedoch soll sich schon nach flüchtiger Prüfung ergeben, daß der Brief unmöglich von der Kleinen geschrieben worden sein kann. Weiterhin sollen die Schriftzüge auffällende Ähnlichkeit mit denen Peter Grubens aufweisen. Dieser hat die verschiedensten Berufe ausgeübt, bezeichnete sich teils als Grundstückspekulant, teils als Architekt und rühmte sich oft, es im Schließen zu einer Fertigkeit gebracht zu haben, die an die eines Kunstschützen heranreichte. Schon im vergangenen Sommer ist ein Attentat auf die erkrankte 16jährige Dorothea Rohrbach verübt worden. Es wurde damals von außen her in das Zimmer, in dem sie sich aufhielt, geschossen. Von dem Täter war keine Spur zu ermitteln; daß Gruben sich zu jener Zeit in Wahn oder Klepelsdorf aufgehalten habe, ist nicht nachweisbar. Die Flasche Cognac, die nach der chemischen Analyse ein starkmalkendes Gift enthielt, hat Gruben im vorigen Spätsommer der Hausdame mit dem Bemerkten überreicht, daß der Cognac für ihn zu hart sei, daß aber vielleicht Frau Eckhardt — die Großmutter der Dorothea Rohrbach und zugleich die Großmutter seiner beiden Stieftöchter, deren eines die erkrankte Ursula ist — gerne davon trinken würde. Zum Glück ist die Flasche nicht geöffnet worden.

Die Erbin der Schloßherrin von Klepelsdorf ist die alte Frau Eckhardt. Nach deren Tode erbte, da die Mutter der Dorothea Rohrbach, die älteste Tochter der Frau Eckhardt, vor etwa 12 Jahren verstorben ist, ihre zweite Tochter, also die jetzige Ehefrau des Gruben, das gesamte Vermögen. Diese lebt aber schon seit geraumer Zeit von ihrem Ehemann getrennt. Nach den Angaben Grubens ist seine Frau nach Amerika ausgewandert. Die Behörde forscht nach dem Verbleib der Verschwandenen. Wenn auch diese aus dem Leben geschieden sein würde, so kämen als nächste Erben ihre Kinder aus erster Ehe, eben die Kleinen Schades in Betracht, von denen Ursula erkrankt aufgefallen wurde. Ueber diese Erbentzwei hinweg würde dann Gruben selbst das mehrere Millionen große Vermögen zufallen! Gruben ist vor etwa drei Wochen zugleich mit Frau Eckhardt, seinen beiden Stieftöchtern und dem Kindermädchen, das seine Geliebte sein soll, auf Klepelsdorf zu Besuch eingetroffen.

Daß niemand im Hause die Schüsse gehört hat, erklärt sich daraus, daß Dorothea und Ursula sich in einem abgelegenen Gartenzimmer aufhielten, während die gesamte übrige Familie in der oberen Etage weilte. Der Gutsdirektor Bauer steht außer Verdacht. Es gelang den Kriminalbeamten nur mit Mühe und Not, Gruben auf dem Transport vor der Wut der Volksmenge zu schützen.

Eine Großnichte Franz Schuberts in Kol. Eine Großnichte Franz Schuberts ist in bitterster Not geraten. Durch den Tod ihres Mannes hat sie ihr letztes Hab und Gut verloren und besitzt derzeit nicht einmal mehr ein Bett, sondern muß auf dem Fußboden schlafen. Sie ist der Verzweiflung nahe und wendet sich mit der flehentlichen Bitte an die Öffentlichkeit, ihr mit Spenden zu helfen. Die Adresse der unglücklichen Frau ist: Karle Kolowrat, Wien 17, Blumengasse 52, 1. Stock, Tür 10.

Die Schlafkrankheit in London hat in der letzten Woche 22 Fälle, in der vorhergehenden Woche 29 Fälle erreicht.

Sport.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. (Mitgl. d. N.L. u. Sp. A.) Montag: Übung der Vereins-Sängerabteilung, abends 7 1/2 Uhr, Gelangplatz des Hdn. Gymnasiums, Insel. — Edle Waidhüter (Untergrundbahn) (Inselstraße). — Dienstag: Paktensport- und Sportlehrer für Leichtathletik in Schöneberg, Turnhalle Köthelstraße, abends 8 Uhr. — Mittwoch: Turnerschaft „Die Naturfreunde“ (Untergruppe Ostbahnhofs): Nach Badbeteiligung: Grunwald-Wanderung. Treffpunkt 1 Uhr: Ringbahnhof Halensee.

Arbeiter-Radsfahrer-Club „Solidarität“. Am Sonntag, den 20. Februar, ist es Pflicht, daß sämtliche Bundesgenossen sich zur Wahlarbeit nach A. g. g. 7 bei Helmich begeben; die Bundesgenossen dürfen keine Wahlarbeit einzeln übernehmen, es werden die Mitglieder nur von der Radsfahrer-Genossenschaft nach 8 Uhr bezogen. Abkunft über Tourenfahrten erteilt Otto Pantel, Zentralratswart, Reußstr. 10, Lichterfelde Str. 21.

Nach Amerika eingeladen, sind die deutschen Reiserfahrer Ritt und Lorenz Donnerstag vom Lehrter Bahnhof nach New York abgereist.

Briefkasten der Redaktion.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus. Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt. D. 22. Senden Sie sich an Herrn Lehrer Rudolf Struß, Wilmersdr. 22. — D. 21. 14. 22. Notiz in der von Ihnen angelegenen Nummer nicht aufzufassen.

Kasseler Kommunistenprozess.

Kassel, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Vernehmung des Angeklagten Harbich wird heute fortgesetzt. Aus den bei ihm gefundenen Schriftstücken geht eine gegliederte Organisation der „Roten Armee“ hervor. Alles ist bestimmten Dezernaten zugewiesen, das notwendige Personal eingeteilt, Stammrollen sind zu führen, in sie sind Mobilmachungsordres einzutragen. Wohnung, Kleidung und Verpflegung wird gewährt: 10 M. Wohnung, für die Frau 30 M., für jedes Kind 5 M. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich übergebe hiermit dem Gericht Material über die Orgesch in Weßfalen, das eine verteilte Kesselfabrik

mit dem eben versehenen Material hat. Ich habe es von Spitzeln erhalten. Vorliegender: Ich bitte Beweisstücke zu stellen. — Aus den bei Harbich gefundenen Schriftstücken geht weiter hervor, daß die Finanzierung durch Beschlagnahme der Banken und des Privatgutes erfolgen soll. Harbich erklärt, den militärischen Organisationsplan vollständig aus Essen erhalten zu haben. In einem Unterbezirksbefehl Dortmund vom 21. Dezember 1920 spricht Harbich von dem Rahmen einer regulären Armee, in dem die Rote Armee geschaffen werden soll. Kohlen, Edelmetall und Edelsteine sollen sichergestellt werden, um

nach einem Rechtsputsch, der das deutsche Geld entwertet hätte, ein internationales Zahlungsmittel zu haben. Bezirksleitungen waren in Essen, Remscheid, Düsseldorf, Bielefeld und Kassel. Harbich gibt auf Befragen an, daß er auch von Schroer und Zelker aufgefordert worden sei, den Unterbezirk Dortmund zu übernehmen. Harbich erklärt weiter, die R.P.D. sei mit der Schaffung der Roten Armee nicht einverstanden gewesen, er habe deshalb einen Zusammenstoß mit der Partei gehabt. Auf Frage des Staatsanwalts erklärt Harbich, daß sein Vorgesetzter, der ihn aufgefordert hat, den Unterbezirk Dortmund zu übernehmen, Leiter der R.P.D. in Dänen gewesen sei. Es werden dann genau detaillierte Aufzeichnungen Harbichs über die Bewaffnung der Reaktion vorgelesen. Staatsanwalt: Ich habe, soweit es sich bei den Notizen Harbichs um illegale rechtsgerichtete Organisationen handelt, nachgeforscht. Das Ergebnis war negativ. Es werden sodann einige Briefe Harbichs vorgelesen, die

in Schlüsselstücken verfaßt sind. Den Schlüssel hatte Harbich aus Essen erhalten, und auch ein Protokoll über eine Sitzung in Essen am 17. Januar wurde vorgelesen, an der Schroer, Kinnamüller, Harbich und Harbich teilgenommen haben. Durch alle Schriften legt sich als roter Faden, daß die Orgesch fertig mobilisiert sei, wogegen angeklagt werden müsse. Schroer erklärte — nach Harbichs Notizen — in einer Konferenz vom 16. Januar in seinem Referat, eine Wählbarkeit der Führer gäbe es nicht. Sie werden von der Parteileitung ernannt. Harbich gibt zu, daß er zwar Parteileitung geschrieben habe, es sei aber auch möglich, daß Schroer Militäroberleitung gesagt habe. Harbich erklärt weiter, bei den zerrütteten Verhältnissen innerhalb der deutschen Arbeiterchaft könne an ein offensives Vorgehen überhaupt nicht gedacht werden. Wäre es zu keinem Rechtsputsch gekommen, der Anlaß gegeben hätte, einzugreifen, dann hätten wir versucht,

in den Parlamenten eine Mehrheit zu erreichen. Wir wären nicht zu der illegalen Organisation geschritten, wäre die Orgesch nicht in Rheinland-Westfalen, besonders in Dortmund so gut organisiert gewesen. Vorliegender: Ja, aber die Orgesch steht ja auch auf dem Standpunkt, erst dann anzufangen, wenn die Rote Armee bereits angefangen habe. Dr. Wolff: Die Pläne von links sind erst in letzter Zeit geschaffen worden, während die von rechts bewaffneten Organisationen seit mehr als einem Jahre bestehen. Im Kreise Siegen

organisierte der Bergarbeiter Billing eine Orgesch, die sich auf ganz genaue Pläne stützte. Ich übergebe hiermit die Pläne dem Gericht und bitte die in ihnen genannten Personen als Zeugen dafür zu laden, daß die Orgesch schon bestand, bevor überhaupt Pläne für die Schaffung einer Roten Armee vorhanden waren. Die Verhandlung wird sodann auf Freitag, 8 Uhr morgens, verlagert.

Wirtschaft

Reichsaufträge und produktive Erwerbslosenfürsorge

Dem Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats für produktive Erwerbslosenfürsorge lag eine Eingabe der Chemischen Gewerkschaften auf Verringerung der Vorschläge zur Erwerbslosenfürsorge vor. Die Eingabe stellt ein bis ins einzelne gehendes Programm für einen Umbau der Erwerbslosen- in eine Arbeitsfürsorge auf, da sie von dem Gedanken ausgeht, daß keine Unterfertigung, sondern nur Arbeit die Erwerbslosen ihrer traurigen Lage entziehen kann.

In der Erörterung wurde von mehreren Mitgliedern betont, daß die bisherigen Maßnahmen der vorhandenen Not gegenüber nicht ausreichen. In vielen Bezirken, besonders im Freistaat Sachsen, in Hamburg und Berlin sei fortwährend eine Armee von Arbeitslosen, die verzweifeln und verhungern müßten, falls nicht durchgehende Hilfe einträte. Eine Erhöhung der Unterstützung sei bei der Finanzlage des Reiches unmöglich, es bleibe also nur der auch auf sittlichen Gründen vorzuziehende Weg der Arbeitsbeschaffung. Die Reichseisenbahnverwaltung, die Post und andere Behörden haben zurzeit Reichsaufträge in Höhe von etwa 16 Milliarden. Für diese Arbeiten müßte eine Arbeitsstreckung eintreten, um möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Der Ausschuß nahm folgenden Dringlichkeitsantrag an:

Der Unterausschuß für produktive Erwerbslosenfürsorge beantragt: „Der Reichswirtschaftsrat hat mit Befriedigung von dem Plan der Reichsregierung Kenntnis genommen, für öffentliche Arbeiten im Verkehrswesen und Wohnungs- und Siedlungswesen größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichswirtschaftsrat richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die Ausgabe dieser Aufträge und die Bereitstellung der vorgesehener Mittel derart zu beschleunigen, daß der großen Arbeitslosigkeit schon in Bälde gesteuert werden kann. Der Reichswirtschaftsrat hält es indessen für notwendig, daß diese Reichsaufträge als Notstandsarbeiten zu behandeln seien, deren Erteilung an gewisse Bedingungen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geknüpft wird.“

Als solche Bedingungen erachtet der Reichswirtschaftsrat die folgenden für unerlässlich:

1. Die Bevorratung solcher Bezirke, in denen die Arbeitslosigkeit dauernd einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat.
 2. Die Bereitstellung der Arbeitsgelegenheit in einer Weise, daß möglichst viele Arbeitslose eingestellt und beschäftigt werden können, sowie daß die bisher Vollbeschäftigten die gleichen Arbeitsbeschränkungen erfahren wie die einzustellenden Arbeitnehmer, unter der Voraussetzung, daß der Ausfall an Vollarbeitslohn an gleichen Teilen vom Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Reich getragen wird.
 3. Die Kontrolle der Beachtung dieser Vorschriften durch paritätische Aufsichtsgremien.
- Der Reichswirtschaftsrat erachtet es als dringlichste Aufgabe der Reichsregierung, jede Maßnahme auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge daraufhin einzustellen, daß möglichst viele Arbeitslose unmittelbar dem trübseligen Elend und der Verzweiflung, in welche sie durch ihre Beschäftigungslosigkeit geraten sind, entziffen werden.“

Die Kallindustrie.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit: Ueber die Lage in der Kallindustrie fanden zwischen Werksführern und Arbeitervertretern Verhandlungen statt, die zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Beide Parteien erkannten die augenblicklich äußerst schwere Lage der Kallindustrie. Die Arbeitervertreter erklärten sich zu ihrer Behebung bereit, wenn die seit Monaten schwebende Lohnfrage vorher geregelt würde. Die Arbeitgeber erklärten, daß ihnen nach dem Schwinden der Aussicht auf Preiserhöhung durch die Stellungnahme der Vertreter der Arbeiter nichts anderes übrig bleibe, als durch Herabsetzung der Selbstkosten die Unwirtschaftlichkeit der Industrie nach Möglichkeit zu verringern. Von Arbeiterseite wird auf einer Reichskonferenz der Kallarbeiter über den Lauf der Verhandlungen Bericht erstattet werden.

Die Kohlenförderung des Ruhrbezirks (einschließlich des sächsischen Beckens) hat betragen im Januar 1921: Gesamtförderung: 8 072 912 Tonnen, arbeitsmäßige Förderung 332 904 Tonnen. Die Gesamtbelegschaft betrug Ende Januar d. J. 537 399 Mann gegen 532 798 Ende Dezember 1920, ist also um 4601 gestiegen. Die arbeitsmäßige Förderung war rund 6000 Tonnen höher als im Dezember 1920, also etwa auf der Höhe des Monats November. Die auf Lager genommenen Bestände sind infolge des ungenügenden Abtransportes von 882 000 Tonnen Ende Dezember auf 10 083 000 Tonnen Ende Januar angewachsen, inzwischen aber wieder ein wenig zurückgegangen.

Die Kohlenlieferungen im Januar. Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die deutschen Kohlenlieferungen für den Monat Januar belaufen sich auf 1 631 998 Tonnen, wovon 1 060 482,5 Tonnen Kohlen, 398 575,8 Tonnen Koks (was 524 767,7 Tonnen Kohlen entspricht) und 98 998 Tonnen Braunkohlenbricketts. Von diesen Mengen wurden 1 069 075,5 Tonnen Frankreich zugeteilt, 308 012 Tonnen Italien, 274 696 Tonnen Belgien und 130 213 Tonnen Luxemburg. Die Kriegskaltenkommission hat am 29. Januar eine längere Ausführung über die Schwierigkeiten geschickt, auf die die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen stößt. Diese Ausführung unterliegt zurzeit einer genauen Prüfung durch das Kohlenamt der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angehört werden, sobald das genannte Amt seinen Bericht zu Ende geführt haben wird. Diese Vernehmung (1), die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monats März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Festlegung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen betreffen, während keinerlei Änderungen der für Februar und März festgesetzten erhöhten Zahl in Frage kommen.

Die Erhöhung der Zuckersteuer auf das Siebenfache! Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes vorgelegt mit der Bitte, die Beschlußfassung mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen. Die Zuckersteuer soll statt 14 M. von jetzt ab 100 M. für 100 Kilo betragen. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird laut „B. Z.“ gesagt, daß der Zuckergroßhandelspreis um das Siebenfache und der Kleinhandelspreis um das Dreizehnfache des Friedenspreises gestiegen sei, und der alte Steuerfuß zu dieser starken Preissteigerung in keinem Verhältnis mehr stehe. Das Reichsfinanzministerium rechnet mit einer Mehreinnahme aus der Zuckersteuer von rund einer Milliarde; gegenwärtig ergibt diese Steuer nur rund 200 Millionen Mark.

Preisermäßigung für Messing. Die deutschen Messingwerke haben den Grundpreis für Messingbleche um 150 M. auf 2050, für Messingstangen um 100 M. auf 1200 M. für den Doppelzentner ermäßigt.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Billigste und beste Bezugsquelle für:

Ueber 1000 Filialen

Kaiser's Schokolade wieder billiger,
die Tafel zu M. 3.40, 4.50, 5.20 und 5.50.

Kaffee, Tee, Kakao, Pralinen, Bonbons, Konfekt, Keks, Margarine,
Reis, Pflaumen, Backobst, Rosinen, Haferflocken, Hülsenfrüchte, Gemüse-Konserven billig und gut.

Filialen in Gross-Berlin:

Berlin N Badstr. 18 Brunnenstr. 76 Chausseestr. 33 Kastanien-Allee 36a Müllerstr. 166 Reinickendorfer Str. 18 Schönhauser Allee 110 Treskowstr. 18	Berlin W Culmstr. 1 Genthiner Str. 26 Gleditschstr. 45 Lützowstr. 83 Berlin S Gräfestr. 25 Berlin SO Neanderstr. 37 Oranienstr. 1 Reichensberger Str. 123 Wrangelstr. 23 Berlin O Gubener Str. 51 Grüner Weg 40 Kopernikusstr. 18 Krautstr. 48b Petersburger Str. 81 Stralauer Allee 231	Bin. NO Grellswald-Str. 1 Landsberger Allee 29 Berlin C Alte Schönhauser Str. 30 Charlottenburg Berliner Str. 115 Danckelmannstr. 58 Grolmanstr. 14 Holtzendorffstr. 4 Kaiser-Friedrich-Str. 55 Kleiststr. 19 Knobelsdorffstr. 3 Suarezstr. 15 Tauroggener Str. 12 Uhlandstr. 32 Wilmersdorfer Str. 71 Wilmersdorfer Str. 126 Wilmersdorfer Str. 148	Adlershof Bismarckstr. 25 Britz Chausseestr. 47 Friedrichsfelde Berliner Str. 40. Hohenschönhausen Berliner Str. 113 Lichtenberg Boxagener Str. 68 Frankfurter Allee 60 Frankfurter Allee 101 Frankfurter Allee 224 Wilhelmstr. 10. Mariendorf Chausseestr. 34	Neukölln Bergstr. 140 Hermannstr. 40 Hermannstr. 119 Kaiser-Friedrich-Str. 242 Nowawes Friedrichstr. 20 Oberschöneweide Edisonstr. 58 Wilhelminenhofstr. 41 Pankow Schönholzer Str. 1 Potsdam Brandenburger Str. 20 Naanener Str. 38	Reinickendorf-Ost Residenzstr. 107 Rosenthal Hauptstr. 10 Schmargendorf Breite Str. 22a Schöneberg Colonnenstr. 66 Tempelhofer Str. 21 Spandau Breite Str. 49 Hamburger Str. 35 Jägerstr. 1 Neudorfer Str. 5a Potsdamer Str. 1a Schönwalder Str. 87	Steglitz Rheinstr. 43 Schloßstr. 85 Südende Stoglitzer Str. 25 Tegel Berliner Str. 9 Treptow Baumschulenstr. 19/20 Weißensee Berliner Allee 242 Wilmersdorf Berliner Str. 131. Nürnberger Str. 33/34 Olivier Platz 2 Weststr. 28
---	--	--	--	---	--	--

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Die Fledermaus
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Neu einstudiert
Der Sturm
7 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: Cäsar und Kleopatra
Sonabend, zum 1. Male
7 U.: Die Jungfrau v. Orleans

Kammerspiele
Heute, zum letzten Male
7 1/2 U.: Der pathetische Hut
Sbd. 7 1/2: Büchse der Pandora

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Danton (auß. Abonn.)
So. 7. Flor. Geyer (auß. Abonn.)

Königgrätzer Str.
8 Uhr: Salome
(Kitty Aschenbach, Hartau,
Vendi, Lichtenstein, Derr-
burg)
Sonabend: Salome
Sonntag nachm.: Rausch
Sonnt.: Jekaterina Iwanowna

Komödienhaus
1/2 Uhr: Das weiße
Lämmchen
mit Max Pallenberg
Sonnt. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater
1/2 Uhr: Die spanische
Nachtigall
mit Fritz Massary
Weißmann, Brandt, Pasch
Stg. nachm.: Der letzte Walzer

Central-Theater
7 1/2 U.: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tiefland
Friedr. Wilhelmst. Th.

Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper
7 1/2 U.: Baroneßchen
Lustspielhaus

Metropol-Theater
7 U.: Die Mausefalle
Hollandweibchen
Neues Operntheater

Der lachende Ehemann
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Der Parasit
Schiller-Theat. Charl.

Der ehem. Leutnant
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Tham Nollendorfsplatz

Wenn Liebe erwacht
Stg. 7 1/2: 3 alte Schachteln
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Schwalbennest
Sbd. 3 1/2 Uhr: Gänseleut.
Th. d. Kommandantenstr.

Der verjüngte Adolar
Waller-Theater
7 Uhr: Die Tanzgräfin
Residenz-Theater

**Lady Winder-
meres Fächer**
Hansl Arnstadt
Adele Sandrock
Arnold Korff

Trianon-Theater
7 1/2 U.
Die Gesellschaft des
Abb Chateaufort
Hierauf: Abschiedssouper.
Leopoldine Konstantin, Ika
Grünig, Herm. Valentin,
Jul. Falkenstein, A. E. Licho,
Hugo Flink, Hans Burg.

Kleines Theater
7 1/2 U.
Casanovas Sohn
Eugen Burg, Mady Christians,
Hans Albers.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Hoffnung auf Segen
Folies Caprice
Linienstr. 133 (Oranienbr. Tor)
Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr:
Premiere

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tgl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal TAN 2

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Telephon: Norden 8643.
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.
Das große
Februar-Programm
u. a.:
Die Rose von Stambul
mit Mizal Delorm
und Arnold Beck

Volkshöhne
Theater am Bülowplatz.
Das Käthechen v. Hellbronn

Lessing-Theater
7 Uhr: Peer Gynt
Sonabend und Sonntag 7 1/2:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Montag 7 1/2 Uhr: Flamme

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg

**Passage-
Theater**
Unter den Linden 22/23
Dir. M. Soltman

2 Aufführungen 2
Die goldene Mauer
Sensationelles Schauspiel
in 5 Akten.

**Unter der Maske
des Sumliers**
In der Hauptrolle:
Louis Wolf / Gerda Ferra

Casino-Theater
Lothringer Str. 27. Tgl. 7/8
Der neue Schlager!
Der Großfürst
Ein lustiges Stück aus dem
Berliner Leben in 3 Akten.
Berliner Humor! Berl. Typen!
Sonntag 3 1/2: Eine fidele Ehe.

Circus Busch
Habs Stosch-Sarrasani
Neue Kismet
Attraktion:
Die Flucht aus der Kiste.
Delanné Effend.
Tgl. 7 1/2, Sonnt. auch 3 Uhr
Vorverk. Circusk. u. Tietz

WINTERGARTEN
Reines
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

METROPOL
Behrenstraße 54
Allabendlich 7 1/2 Uhr
D. lustige Spielplan

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6
Tgl. 7 1/2 und Sonntag
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schluß: Der
Kriegsgewinnler.

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Steff Sängers
Nehm. halb. Pr.
Varieté-Darbühn-
Brettl Anf. 8 1/2

Concordia-Palast-Theater
64. Behrenstraße 64.
Glimphen:
Die geöffnete Kette
und das große Beltpogramm

Admirals-Palast
7 1/2 Die roten Schuhe
Morg. 7 1/2: Die roten Schuhe

BTL
Potsdamer Str. 38
Turmsir. 12
Nur bis Montag
Die Lieblingsfrau
des Maharadscha

Die Berliner Ränge
6 Streich mit
Hilde Wörner,
Alexanderpl.-Pass.
Bruno Kastner
in
Alfred v. Ingelhelms
Lebensdrama

**Die Lieblingssfrau
des Maharadscha**
A. Teil.
Außerdem d. Lustspiel
Die Berliner Ränge
6 Streich mit
Hilde Wörner,
Alexanderpl.-Pass.
Bruno Kastner
in
Alfred v. Ingelhelms
Lebensdrama

Pfedeckau, Rheinstr. 14
Der Gang in der Nacht
und
Der Liebeskorridor

Billige Hosenwoche
von Montag, 14., bis Sonnabend, 19. Februar.

Sämtliche Hosen sind bedeutend im Preise herabgesetzt
größtenteils unter Anschaffungspreis.

Serie I Hosen	sehr haltbar, in schönen Mustern M.	55	Serie IV Hosen	in verschied. neuesten Mustern M.	150
Serie II Hosen	in Kammgara und Cheviot M.	89	Serie V Hosen	vornehm gestreift, an Outwags passend, an schwarze aus vorzugi. Tuchkammgara . . . M.	170
Serie III Hosen	aus gutem Kammgarnstoff M.	120	Serie VI Hosen		275

Nur BaerSohn Keine
eine Verkaufsstelle Filialen mehr
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Theater am Nollendorfsplatz
Leitung Herman Haller
abends 7 Uhr
Der große Operettenerfolg:
Wenn Liebe erwacht..
mit
Claire Waldoff
als Nella

Sondervergünstigung
für die Abonnenten
des „Vorwärts“

Vorverkauf täglich v. 10 1/2-11
und am Tage der Vorf. v. 6 ab.

Anweisung für 1-4 Personen
Gültig vom 18. Februar bis 5. März

II. Rang Tribüne	statt 11.-	nur 7.-
II. Rang	statt 13.-	nur 8.-
II. Rang Balkon	statt 15.-	nur 9.-
I. Rang	statt 20.-	nur 11.-
I. Rang Balkon	statt 24.-	nur 14.-
Parquet	statt 28.-	nur 16.-
Orch. Parquet	statt 32.-	nur 18.-

Sonabends 1 R. mehr pro Platz, Sonntags 2 R. mehr.
Die Aufbarteilnehmer ist in diesen Preisen einbezogen.
Gegen Mehrzahlung Sessel und Logen.

MORITZPLATZ Varieté-Café
ORANIENSTRASSE 40-41 Dir.: R. KORANT

Montag, den 21. Februar 1921
JUBILÄUMSFEIER

Anlässlich des 6-jährig. Bestehens
Elite-Fest-Vorstellung
Verstärktes Orchester
Beginn 7 Uhr - Tischbestellungen: Moritzplatz 15320 - Eintritt 3 Mark

Hervorrag. Varieté-Programm
u. a. MARTIN KETTNER
3 Geschw. SCHIRMER :: JULIA
SOMMER :: Salomé-Schönheits-
tänze :: HARTBERG-ORELLYS

Apollo-Theater
7 1/2 Direktion: James Klein. 7 1/2
Das große Ausstattungsgstück in 4 Bildern

**Madame Dubarry's
Liebesleben**
mit der weltberühmten
Saharel
als Gräfin Dubarry.

Ueber 150 Mitwirkende! - Sonntag 3 1/2, das
vollst. Stück mit Saharel. - Jeder Erwachsene
1 Kind frei! - Vorverk. ab 10 Uhr ununterbroch.

Läuse-Plage
auch Flöhe s. Brut (Niss) bei Mensch. u. jed. Tier m. m. gesch.
Eckolda A in 3 Größen f. eine, zwei und vier Personen.
für Haut und Haar unschädlich.
Eckolda B vernichtet Wanzen samt 5 ur radikal
Eckolda C vernichtet Schwab., Ameis., Küchenfl., u. Gar.
Zu haben in Berlin in folgenden Drogerien: NW, Waisen-
straße 18. N, Reinickendorfer Str. 119, Brunnenstr. 99,
Invalidenstr. 33, Friedrichstr. 128, Brunnenstr. 157, Schön-
hauser Allee 82, Prenzlauer Allee 187. NO, Linienstr. 83,
Elbinger Str. 62. O, Kl. Andreasstr. 12, Petersburger Str. 53,
Ebertstr. 48. C, Neue Promenade 2. SO, Dresdener Str. 18,
Belckenstr. 12. S, Kottbuser Damm 81-82. SW, Bücher-
straße 4, Zossener Str. 18, Friedrichstr. 31. W, Link-
straße 46, Bülowstr. 84, Charlottenburg, Wilhelmsdorfer
Platz 155, Wilmersdorf, Berliner Str. 134, Schöneberg,
Hauptstr. 21, am Rathaus, Tempelhofer, Berliner Str. 82,
Neukölln, Boddinstr. 68, am Rathaus, Lichtenberg, Frank-
furter Allee 257, Weißensee, Berliner Allee 19, Pankow,
Hohenzollernstr. 40, Niederschönhausen, Bismarckpl., Reinick-
endorfer-Ost, Residenzstr. 107, Gen.-Veitstr. und Poststand
A, Marktstr. N, Kastanienallee 78. Weiteres Wieder-Ver-
fahren

**Enorm billiger
Schuhverkauf**
nur solange Vorrat reicht

Damen	Schuh	Herren
zu	prima Ware	zu
125.-		175.-
135.-	Keine Pappe	185.-
145.-		235.-
235.-		(Doppel- soh.en)

Schuhhaus Landsberger Str. 88

Am 14. Februar ist unser langjähriger Mitarbeiter
und Angestellter, Herr
152/18
Ernst Gerlach
einem schweren Leiden erlegen. Seit Juli 1900 hat
der Verstorbene seine ganze Kraft und sein reiches
Wissen für das Gedeihen unserer Kasse eingesetzt;
wofür ihm auch über den Tod hinaus Dank gebührt.
Sein kameradschaftlicher Geist und vornehmer
Charakter sicherten ihm die Anerkennung und die
Achtung des Vorstandes und die Freundschaft und
Liebe der Mitarbeiter, so daß seiner stets in Ehren
gedacht werden wird.
Berlin, den 17. Februar 1921.
Der Vorstand und die Angestellten
der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe
Die Einäscherung findet Sonnabend, 19. Februar,
nachm. 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

TYPOGRAPHIA
Unseren lieben
Mitgliedern zur Kenntnis, daß
die Einäscherung unseres
seit 25 Jahren dem Verein
angehörigen braven Mit-
gliedes
Ernst Gerlach
am 15. Febr. gestorben ist,
am Sonnabend, den 19. Fe-
bruar, nachm. 3 1/2 Uhr, im
Krematorium Gerichtstraße
stattfindet, wozu zahlreiches
Erscheinen, besonders der
Sänger, erwünscht ist.
Der Vorstand.

Berzirksverband Berlin
XI. Kreis (Schöneberg)
77. Mt.
Wir bringen hiermit zur
Kenntnis, daß unser Mit-
glied, Genosse
Albert Bestler
am 15. Febr. gestorben ist.
Seine Beerdigung findet
am Sonnabend, den 19. Fe-
bruar, nachm. 3 1/2 Uhr, im
Krematorium Gerichtstraße
statt. Um rege Beteiligung wird
erlaubt.
Der Abteilungs-Vorstand.

Ruder-Verein Vorwärts
Am 14. Februar verstarb
nach längerem Verbleiben un-
ser lieber Sportgenosse
Ernst Gerlach
Seine Beerdigung findet
am Sonnabend, den 19. Fe-
bruar, nachm. 3 1/2 Uhr, im
Krematorium Gerichtstraße
statt. Der Vorstand.

Allen Freunden und Be-
kannnten die traurige Mit-
teilung, daß mein unglück-
gelebter Mann und zärt-
lich geliebter Vater, der
Gustav Ribmann
nach langem, schwerem
Verbleiben am 15. Februar im
45. Lebensjahre sanft ein-
schlafen ist.
Berlin N 65, Türkenstr. 30
Die trauernde Gattin:
Pauline Ribmann
geb. Klinker nebst Kindern.
Die Einäscherung findet
am Sonnabend, 19. Febr.,
abds. 8 1/2 Uhr, im Kremato-
rium Gerichtstraße statt.
Rugellager, neu totifiziert,
faßt jeden Pottler B. Schulz,
Hilfenstraße 14, Rosbitl 645.

Spezialarzt
f. Syphilis, Harn-, Frauen-
leid, Schwäche, Heinkranke
Behandlung, schnell, sicher
u. schmerzlos. InDr. Homeyer
& Co. konz. Lab. Blutunter-
such. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81. gegenüb.
Spr. 10-1. S-S. Sonnt. 10-11
Telef. 109. Spezialarzt.

Trauringe
Dufaten 900 gekloppt, 51/2 H. 120 an
14 Karat 585 - - - - 70
- - - - - 333 - - - - 55.50
- - - - - 333 - - - - 55.50
Vollständige Garantie für Feinheit, Preis vorzüglich am Lager.
H. BOCK, BERLIN O., Andreasstr. 44
Tele-Telephon Jandorf, Fernspr. Elek. 2363 Neben-Anschl.

Dringend! Gute Preise! Dringend!
**Kupfer, Rotguß, Messing
Quecksilber
Zinn • Weißlager**
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Mite, bekannte Möbelfabrik
Liefert vertrauenswürdigsten Preisen unter der Bedingung
gegenfälliger Kautionszahlung
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen Zahlungsbedingungen.
Off. unt. A 19 an die Exped. des Vorwärts, Lindenstr. 3

Klavier kauft (fort
(gewerblich)
Augenblick, Pallaststr. 8, 9.
Südfried 8139.

Stellenangebote
**Feinmechaniker
Dreher
Werkzeugmacher**
unsererzeitige besorgt, nach-
melodisch tüchtige Kräfte, für
Präzisions-Apparatebau nach
Stenbal per sofort gesucht. An-
sprüchliche Angebote müssen Alter,
Zahnärztliche Befunde und Zeugnis-
abfertigungen enthalten. Persön-
liche Vorstellung anheimgebetet.
Auto-Combinator G. m. b. H.
Berlin W. 62, Kleiststraße 23.

**Tüchtige
Buchhalter**
für statistische Arbeiten
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle - Alliance - Straße 1/2

Redakteur gesucht.
Für das „Halberstädter Tageblatt“, mehrheitsbesitzliches
Blatt, wird für sofort ein politischer Redakteur gesucht.
Genauere Kenntnisse aus politischem und wirtschaftlichem Gebiete
werden bevorzugt, auch ist zehnjährige Berufstätigkeit erwünscht.
Gebalt nach dem System des Berliner Arbeiterpreises. Be-
werbungen sind zu richten an: den Geschäftsführer Karl Treif,
Halberstadt, Sonntag 8. 182/2

Wahlscheine

nur noch heute. Wer am Sonntag an seinem Wohnort nicht anwesend ist, muß sich von seiner Gemeindebehörde einen Wahlschein ausstellen lassen. Dann kann er dort wählen, wo er sich am Sonntag aufhält. Dies gilt insbesondere auch für solche Genossen, die von Berlin als Wahlhelfer nach auswärtig gehen. Nur noch heute (Freitag) werden Wahlscheine ausgestellt.

Gericht über Fahr.

München, 17. Februar. (U.) Bei vollbesetztem Hause und überfüllten Tribünen begann heute nachmittags im Landtage die Besprechung der Interpellationen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen über die Haltung der bayerischen Regierung zum Pariser Diktat.

Der Interpellant der Sozialdemokraten, Abg. Ackermann, griff zunächst den Ministerpräsidenten wegen Ausschaltung des gesamten Landtages bei den Verhandlungen über die Entlassungsfrage scharf an. Dann erklärte er, daß niemals die Verantwortung aller großer Gewerke, als in diesem Augenblick. Die Wiedergutmachungsforderungen der Entente verlangten Unmögliches und Unerfüllbares. Trotzdem mühten wir nach London mit unseren Gegenvorschlägen gehen. Aber der Weg der deutschen Unterhändler sei vollständig hoffnungslos, wenn sie ein durch Mißtrauen entzweit, verkrüppeltes Volk hinter sich ließen. Infolge der jüngsten Vorgänge in Bayern liege diese Gefahr außerordentlich nahe. Die Haltung der bayerischen Regierung in der Entlassungsfrage habe die

Stellung der Reichsregierung ungemein erschwert.

Es sei die Schuld der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien, wenn es zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung zu einem solch schweren Konflikt gekommen sei. Der Redner beschuldigte sich dann ausführlich mit der Einwohnerwehr. Die bayerische Regierung habe den bolschewistischen Schreck benutzt, um deren Notwendigkeit in Bayern nachzuweisen. Auf die Entente habe das aber nicht gewirkt und das Pariser Diktat fordere daher die Auflösung der Einwohnerwehren. Zu diesem Diktat müsse klare Stellung genommen werden. Leider hätten die bayerische Regierung und die bayerischen Koalitionsparteien aber nicht den Mut gehabt, die Konsequenzen zu ziehen, sondern hätten die Verantwortung auf die Reichsregierung abgewälzt. Die bayerische Regierung sei überhaupt keine bayerische Regierung mit eigener Entscheidungsfähigkeit mehr, sondern der

Sklave und Gefangene von Deuts.

die sich außerhalb der bayerischen Regierung befänden. Die augenblickliche Situation in Bayern sei furchtbar ernst, da auch die Flamme nationaler Berührung emporzügelte. Vor 11 Monaten habe der Ministerpräsident dem Lande Ruhe und Ordnung versprochen. Heute stehe Bayern vor einem Abgrunde, der für Deutschland verhängnisvoll werden könne. Die Parole der Sozialdemokratie sei: Mit Bayern für das Reich, mit Bayern gegen das Reich niemals! Die Unabhängigen verzichteten auf eine Begründung ihrer Interpellation.

Gegen 1/2 Uhr nahm der Ministerpräsident Dr. v. Kahr zur Beantwortung der Interpellation in Anwesenheit des Gesamtministeriums das Wort. Ministerpräsident Dr. v. Kahr wies zunächst ausführlich die Vorwürfe zurück, daß er aus geringfügiger Führung für den Landtag oder unter Beileidigung großer politischer Parteien die erste Interpellation der Unabhängigen nicht beantwortet habe. Er erklärte, daß er auch jetzt noch an die strenge Vertraulichkeit der Berliner Ministerkonferenz gebunden sei. Die Heranziehung der Oppositionsparteien zu den Verhandlungen der bayerischen Regierung mit den Koalitionsparteien hätte nicht der Sachlage entsprochen, nachdem die Oppositionsparteien es abgelehnt haben, sich an der Regierungsverantwortung zu beteiligen. Bei den Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und den Koalitionsparteien habe auf allen Seiten von vornherein festgestanden das treue Festhalten am Reich, das überhaupt von keiner Seite auch nur einen Augenblick in Zweifel gezogen wurde. Der Standpunkt der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien sei dahin gegangen, daß die

Auflösung der Einwohnerwehr

von den alliierten Mächten unter irgendeinem Rechtsittel nicht verlangt werden könne, und daher abgelehnt werden müsse, daß ihre Entlassung zurzeit und innerhalb der neuerdings festgesetzten Termine tatsächlich nicht möglich sei und den Staat aus aller schwerster Schädigung müßte. Außerdem gehe die Auffassung dahin, daß es unrichtig wäre, sich mit der Frage der Durchführung des Entwaffnungsdiktats zu befassen, ehe man wisse, wie die Verhandlungen in London laufen. Die Einwohnerwehr habe keinen anderen Zweck als den Schutz der Ruhe und Ordnung, sie sei verfassungstreu, habe ihre Aufgabe noch niemals mißbraucht, sei weder ein Instrument im Dienste der Reaktion, noch habe sie irgendeinen militärischen oder militärischen Charakter. Daß die staatliche Wiedergutmachung Fortschritte gemacht habe, sei im wesentlichen ihrer Unterstützung zu danken. Sie werde ganz von selbst verschwinden, wenn der Staat genügend erstarbt sei, um seinen ganzen Bestand sicherzustellen und der Bevölkerung den notwendigen Schutz zu gewähren. Heute schon festzulegen, bis zu welchem Zeitpunkt das der Fall sein wird, sei schlichterdinge unmöglich. Heute sei es noch nicht erreicht. Die Umsturzbestrebungen dauern fort. Die Vorbereitungen für den Umsturz seien sehr ernst zu nehmen, ebenso die bolschewistische Gefahr von außen, da sich die bolschewistische Agitationszentrale in einem der Nachbarstaaten befinde. Dieser Gefährdung wird sich noch verschärfen durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, wachsende Arbeitslosigkeit und das Elend in den österrussischen Ländern. Das Pariser Diktat selbst bedeute eine

Harte Forderung des Radikalismus und des Bolschewismus.

Angeht die Lage sei die Einwohnerwehr nach wie vor eine staatliche Lebensnotwendigkeit. Unsere Gegner würden sich der Logik der Tatsachen nicht auf die Dauer entziehen können. Wir haben es für unsere heilige Pflicht erachtet, diesen Standpunkt auch der Reichsregierung mit allem Nachdruck gegenüber zu vertreten. Sollte die Reichsregierung zu der Anschauung gelangen, sich diesem Standpunkt nicht anschließen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen, welche sie etwa treffen sollte, auch die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen.

Die Koalitionsparteien gaben dann eine gemeinsame Erklärung ab, welche die Hoffnung ausdrückt, daß ein Weg gefunden werden wird, der die erforderliche Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten des Reiches und Bayerns mit der lokalen Ausführung übernommener Verpflichtungen zu vereinbaren vermag. — Der U.S.P.-Abgeordnete Neumann griff die Regierung aufs schärfste an. Die sozialistische Arbeiterkammer werde nicht vor den schwersten Kämpfen zurückschrecken. Im Falle eines Bruches sei dafür gesorgt, daß

nicht eine einzige Tonne Ruhestofe mehr nach Bayern

komme. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Timm kritisierte die Rede des Ministerpräsidenten. Unsere Unterhändler in London müßten sich auf das Vertrauen aller Volkströme stützen können. Untergeordnete Fragen wie die Einwohnerwehr könnten nur hemmend wirken. Nachdem noch der Kommunist Kenderl für ein Bündnis mit Rußland gegen die Entente Stimmung gemacht hatte, kam der Ministerpräsident Dr. v. Kahr nochmals kurz zum Wort und erklärte, die Einheit des deutschen Volkes soll und darf uns nicht gefährdet werden. Der Präsident stellte noch fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen und der Gegenstand erledigt sei.

Die Ententeforderungen eingetroffen.

Berlin, 17. Februar. (U.) Von der Reparationskommission sind der deutschen Regierung in den letzten Tagen die Schadensberechnungen des größten Teils der Ententestaaten gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages zur Neuherausgabe überreicht worden; der Rest der Berechnungen ist für die nächsten Tage angekündigt. Auf Grund dieser Berechnungen beabsichtigt die Reparationskommission gemäß dem genannten Artikel bis zum 1. Mai d. J. die Gesamtsumme der von Deutschland zu vertretenden Schäden festzusetzen. Sie hat der deutschen Regierung für die Verrückung kurzer Fristen gestellt, die bei dem Umfang des Materials und dem Fehlen ausreichender Unterlagen unmöglich eingehalten werden können. Der Reparationskommission ist eine entsprechende Erklärung abgegeben worden.

Ueber die Höhe und den Inhalt der Schadensberechnungen wird näheres bekanntgegeben werden, sobald die Sichtung des Materials eine Uebersicht gestattet.

Rumänien's Ansprüche: 31 Milliarden Goldlei!

Berlin, 17. Februar. (Dena.) Wie die Dena von zuständiger Stelle erfährt, hat Bukarester Zeitungen zufolge Rumänien durch seinen Vertreter Niculesca bei der Wiedergutmachungskommission in Paris Entschädigungsansprüche in einer Gesamthöhe von 31 099 440 182 Gold-Lei angemeldet. Rumänien's Anteil an der deutschen Kriegenschuldung wurde auf der Interalliierten Konfe-

Wahlausweise

Amtliche Wahlbenachrichtigungen werden zur Wahl am 20. Februar nicht versandt. Jeder Wähler — Mann und Frau — nehme daher eine Legitimation (Paß, Steuerquittung, Versicherungskarte, Mietvertrag, Geburts- oder Heiratsurkunde) zur Wahl mit.

renz in Brüssel im Juni 1920 auf 2 Proz. festgesetzt. D. Red.) Der Betrag der von der deutschen Militärverwaltung durch die Banca Generala veranstalteten Banknotenemission sowie das Gelddepot der Banca Nationala bei der Reichsbank in Berlin sind in die Gesamtsumme nicht einbezogen.

Das Quantum oberösterreichischer Steinkohle, auf welches Rumänien auf Grund des Versailleser Vertrages Anspruch erhebt, ist noch nicht endgültig festgestellt. Nach vorläufiger Schätzung soll dasselbe etwa 10 000 Waggons jährlich betragen. (Dena Artikel 231 des Versailleser Friedensvertrages ist Deutschland verantwortlich für alle Kriegsschäden und -kosten aller alliierten Staaten, also auch solcher, die ganz ungewisselhafteste Angreifer im Weltkrieg waren. Bekanntlich wurden die Petrostomgruben in Rumänien während des Rückzuges auf englischen Befehl und durch englische Offiziere systematisch und gründlich zerstört, um ihre Ausbeutung durch die Deutschen zu verhindern. Aber dennoch soll der „Bode“ die Fache bezahlen! Die Red.)

Auch Serbien . . .

Belgrad, 17. Februar. (G.) Der Ministerrat nahm den Bericht des Untersuchungsausschusses, der die Kriegsschäden Serbiens und die Ansprüche auf Wiedergutmachung festlegen soll, zur Kenntnis. Es ist nicht bekannt, wie hoch die Summe sich belaufen wird, die Südslawen von der deutschen Wiedergutmachung zu fordern gedenkt. Nur soviel ist sicher, daß die Südslawen mit einer zweieinhalbprozentigen Beteiligung, wie sie bisher festgesetzt wurde, keinesfalls einverstanden sind.

Ententeeinspruch gegen Sozialisierung in Deutschland.

Paris, 17. Februar. (Dena.) Der „Temps“ stellt einen Einspruch der Entente gegen die Sozialisierungen im Deutschen Reich in Aussicht, falls diese deutsche Staatsmittel in Anspruch nehmen sollten und sie dadurch der Wiedergutmachung entgegenkämen.

Vor neuen Geldentaten . . .

Paris, 17. Februar. (U.) Eine wichtige Konferenz hat heute morgen beim Ministerpräsidenten stattgefunden, an der außer Briand Barisau, die Marschälle Foch und Petain und die Generäle Buat und Weygand teilgenommen haben. Briand hat außerdem General Franchet d'Esperey empfangen, der aus Serbien zurückgekehrt ist.

Die Orientkonferenz.

Paris, 17. Febr. (U.) Der griechische Ministerpräsident Kalogeropoulos ist mit elf Begleitern nach London abgereist. Die türkische Konstantinopeler Delegation, bestehend aus dem Großwesir Tewfik Pascha und dem Vertreter der Türkei in Rom, Osman Nisami Pascha, sowie zwölf Beiräten, Sachverständigen und Sekretären, ist durch Paris nach London gereist. Kalogeropoulos erklärte dieser Tage, er sei ein Gegner von Benkelos, aber beim Diktat von Sedres müsse es bleiben. Dunkel ist der Sinn der britischen Ironie, daß das Recht im Orient wiederhergestellt werden solle. Haben sich Londons Aufassung vom Recht geändert? — Die Abordnung der Kemalisten von Angora soll angeblich in London nur zugelassen werden, wenn sie sich der Konstantinopeler Delegation anschließt. Kemal selbst hat Erklärungen veröffentlicht, wonach er keineswegs mit Moskau durch die und dann gehen wolle. Allerdings versichert Kemal Außenminister, Bekir Sami Bey, in einer Rede noch

Stimmzettel

die in allen Groß-Berliner Wahlkreisen für alle Wahlen gültig sind (Landtag, Provinziallandtag, Kreistag), sind überall bei den örtlichen Funktionären der Sozialdemokratischen Partei, im Bezirkssekretariat, Berlin N.W., In den Selten 23 (Fernsprecher: Hanja 1424—25), sowie an den Wahllokale erhältlich.

Moskau, daß die Nichterfüllung der türkischen Forderungen in London erst recht den Kampf entbrennen lassen werde und daß — Treue um Treue — Sowjetrußland der natürliche Verbündete Angoras sei.

Die Abordnung von Angora ist in Rom eingetroffen und wurde nachmittags von Graf Sforza empfangen.

Angora und Konstantinopel.

Paris, 17. Februar. (Havas.) In Konstantinopel ist das erste Telegramm von Mustafa Kemal an den Großwesir veröffentlicht worden. Darin wird gesagt, ein solches Ergebnis könne in London nur erzielt werden, wenn die türkische Delegation durch die Nationalversammlung von Angora bestimmt sei. Die türkische Regierung in Konstantinopel könne Berater für diese Delegation bestimmen die Aufführungen und Befehle zur Verteidigung der Rechte und Forderungen des türkischen Volkes beibringen könnten. Im Falle der Weigerung der türkischen Regierung werde die Nationalversammlung von Angora in voller Freiheit handeln und die Verantwortlichkeit für diese Weigerung werde von der Regierung von Konstantinopel getragen werden müssen.

Schlechte Wahlergebnisse der Volkshewiki.

Kopenhagen, 17. Februar. (D.) Die amtlichen Kopenhagener Meldungen, wonach die Kommunisten die absolute Mehrheit in der Konstituante der Republik des Fernen Ostens haben würden, sind durch die vollständigen Wahlergebnisse nicht bestätigt worden. Nunmehr meldet ein Kopenhagener Funkpruch: In die Konstituante der Republik des Fernen Ostens wurden endgültig 424 Deputierte gewählt. In den Wahlen beteiligte sich die ganze Bevölkerung von Selenga bis zum Stillen Ozean. Die Deputierten sind überwiegend Bauern. Der Partei noch sind 147 Kommunisten, 20 Sozialrevolutionäre, 40 Menschewisten und 20 Buzaten (ein hochkultivierter sibirischer Volksstamm) Ueber die Stärke der Bauernfraktion und der bürgerlichen Gruppen macht der Funkpruch keine Angaben. Unter den Deputierten befindet sich eine Frau. Der Tag der Eröffnung der Konstituante, der 12. Februar, ist zu einem allgemeinen republikanischen Feiertag erklärt worden.

Wichtige Reichsratsbeschlüsse.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag eine Verordnung zur Ausführung des vom Reichstag beschlossenen Reichsgesetzes über die Förderung des Wohnungsbauens.

Diese enthält allgemeine Grundsätze für die Hergabe von Reichszuschüssen für Wohnungsbauarbeiten. Angenommen wurde der Entwurf einer Verordnung, wonach die

Demobilisierungsausschüsse und -kommissare

in den einzelnen Gemeinden aufgehoben werden. Bis zum 31. März 1922 treten alle Anordnungen über die wirtschaftliche Demobilisierung außer Kraft, sofern nicht eine gesetzliche Festlegung erfolgt ist.

Nunmehr erstattete der braunschweigische Gesandte Boden Bericht über

Die Erhöhung der Postgebühren.

Es handelt sich darum, das Postdefizit von rund vier Milliarden möglichst zu beseitigen. Von der Erhöhung der Gebühren wird allerdings nur eine Mehreinnahme von 2 Milliarden erwartet. Das Gesetz wird dahin abgeändert, daß das Porto für den

einfachen Brief 60 Pf. und Postkarten 40 Pf.

betragen soll, für Briefe über 20 Gramm bis 100 Gramm 1 Mt. Briefe über 100 Gramm 1,50 Mt. Ansichtskarten können zum Drucksachenporto befördert werden, wenn sie nicht mehr als fünf handschriftliche Worte und die Absender enthalten. Auch die Postschekgebühren werden erhöht. Bei den Postschekgebühren haben die Ausschüsse unter sonstiger Zustimmung zu der Vorlage eine Zwischenstufe von 1000—2000 Mt. eingefügt. Die Postschekämter haben den Finanzämtern Auskünfte zu erteilen. Das Telegrammwort wird auf 30 Pf. (Mindestgebühr drei Mark) erhöht. Schließlich erledigte der Reichsrat noch die beiden

Eisenbahnzolls

für 1920 und 1921. Während 1920 noch mit einem Defizit von 16,2 Milliarden rechnet, ist dieses für 1921 infolge der aus der Tarifierhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen nur noch auf 6 Milliarden berechnet. Ministerialdirektor Soos betonte aber, daß dies nur für den ordentlichen Etat gelte. Auch für 1921 werde wohl mit einem Fehlbetrag von 11,7 Milliarden gerechnet werden können.

Ein Reaktionär weniger.

Schwerin i. Meckl., 17. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Borwärts“.) Ministerialdirektor Walter hat seine Entlassung genommen. Walter, der als der reaktionärste, aber einflussreichste Beamte galt, soll besonders dem Chef der Ordnungspolizei, Obersten Lange, das Leben schwer gemacht haben, dem hat die neue sozialdemokratische Regierung nicht ruhig zusehen können.

Lochspindel hilf!

Von zuständiger Stelle wird den P.P.R. mitgeteilt: Einiger Berliner rechtsstehende Blätter und im Anschluß daran ebenfalls rechtsstehende Zeitungen der Provinz Niederschlesien brachten in diesen Tagen Aufzeichnungen über eine angebliche Besprechung der kommunistischen Führer der Kampforganisationen in Breslau am 13. Dezember 1920. Hierzu ist zu bemerken, daß dieses Material in der Form, wie es die genannten Zeitungen veröffentlicht haben, bereits vor zwei Monaten unaufragend von Agenten für den Preis von 3000 Mark amüslichen Stellen in Breslau zum Kauf angeboten worden ist. Da es sich jedoch bei den Agenten um durchaus unzuverlässige Personen handelte, und auch der sachliche Inhalt der sogenannten Protokolle äußerst unglaubwürdig war, wurden die Agenten nach eingehender Prüfung der Protokolle durch das Oberpräsidium und das Polizeipräsidium abgewiesen. Es handelt sich somit bei den jetzt in großer Aufmachung veröffentlichten Protokollen um Agenten- Werke, die den zuständigen Polizeibehörden längst bekannt sind und von ihnen nicht ernst genommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Erbauliches aus dem russischen Dorado.

Die dieser Tage abgehaltene Moskauer Gouvernementskonferenz des Metallarbeiterverbandes hat nach den Moskauer „Iswestija“ eine Reihe von scharfen Forderungen anlässlich der augenblicklichen Versorgungsnotlage aufgestellt. Es sollen unverzüglich sämtliche Ausnahmerationen, die an die Kommissare, Spezialisten, Akademiker usw. verteilt wurden, aufgehoben und die Zuteilungen an die privilegierten Speiseanstalten denen an die übrigen Speisehallen gleichgestellt werden. Die Auszahlung von Arbeitslöhnen in Form von Erzeugnissen des betreffenden Betriebes, wie es in den Fett-, Seife- und Konditoreibetrieben und in den Bäckereien geschah, hat aufzuhören. Die Verteilung der Lebensmittel und sämtlicher Bedarfsartikel soll den bisher damit betrauten Behörden entzogen und den Gewerkschaften übergeben werden. Ferner wird angefordert, dass in Aussicht gestellte Abschaffung der Geldlöhne und der mangelhaften Belieferung durch die staatlichen Versorgungsorgane die Beibehaltung der Geldlöhne, und zwar in einer Höhe gefordert, die den Ankauf der nötigen Bedarfsartikel im freien Handel ermöglicht. Um diese Forderungen durchzusetzen, hat die Konferenz einen Ausschuss gewählt, der u. a. nachprüfen hat, ob die Volkskommissariate für Versorgungs- und für Eisenbahnen die notwendigen Maßnahmen zur Linderung der Lebensmittelnot getroffen haben.

Verammlung der Gewerkschaftskommission.

Eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission am Mittwoch nahm nach Begründung durch Kollegen Bauer nachstehende Resolution einstimmig an:

Die Gewerkschaftskommission erblickt in der Verfügung des Wohlfahrtsministers vom 13. Januar 1921, wonach die Angehörigen der Krankenkassen unter die Bestimmungen des Sperrgesetzes gebracht werden sollen, einen ungeheuren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassenorgane, insbesondere der Versicherten, der vor allem dem Artikel 159 der Reichsverfassung widerspricht.

Sie erwartet die umgehende Aufhebung dieser Verfügung, fordert das weitere die Kassenorgane Groß-Berlins auf, sich gegen die in dieser Angelegenheit an sie ergangenen Anweisungen des Oberverwaltungsamtes zur Wehr zu setzen und ist bereit und gewillt, die Kassenorgane und Angestellten bei ihrem Kampf um Befreiung dieser Verfügung eventuell mit allen ihr zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen.

Ferner beschließt sie die Plenarversammlung mit dem Ortsstatut der Gewerkschaftskommission, das nach den Vorschlägen der eingesezten Kommission, mit kleinen Abänderungen, mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Der Kartellvertrag zwischen Gewerkschaftskommission und Orts-Kassenbund wurde einstimmig angenommen.

Danach referierte Klog über das Arbeitsnachweisgesetz und empfahl, die von der Kommission und den Kuratoren der Arbeitsnachweise gemachten Abänderungsvorschläge anzunehmen. Diesem wurde zugestimmt und sollen die Vorschläge an die einzelnen Fraktionen sowie an die Regierung weitergeleitet werden. Zum Schluss machte Vollmershaus auf die Abänderung der Kohlenverordnung aufmerksam, ebenso auf die in der Betriebsoblate-Konferenz angenommene Resolution. Er führte aus, daß über den einzuschlagenden Weg zur Durchführung dieser Resolution ein Einvernehmen erzielt sei und wahrscheinlich in nicht allzu langer Zeit die Deffenheitlichkeit weiteres darüber erfahren werde.

Abwehrstreik bei den Krankenkassen?

Die unter Bezugnahme auf das Sperrgesetz vom preussischen Wohlfahrtsministerium unter dem 13. Januar 1921 erlassene Verfügung, welche einen gewaltigen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen bedeutet und im weiteren die Krankenkassenangestellten schlichtweg zu Beamten stempelt, veranlaßt die Kassenangeestellten in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus am gestrigen Donnerstag Stellung zu nehmen. Die Versammlung wies einen riesigen Besuch auf. Kollege Mainz erstattete Bericht über die seitherigen Verhandlungen mit dem Wohlfahrtsministerium. Er wies darauf hin, daß selbst das Wohlfahrtsministerium zugestandenmaßen sich im Zweifel über die Rechtsgültigkeit seiner Verfügung befindet. Ebenso ist ersichtlich, daß es sich um eine Maßnahme von tiefer politischer Bedeutung handelt. Es war früher schon wiederholt versucht worden, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zu beschneiden. Wenn die Verfügung bestehen bleiben sollte, wäre die Hoffnung vieler Reaktionäre erfüllt.

Das Ministerium ist darüber nicht im Zweifel gefassen worden, daß die Kassenangeestellten sich unter keinen Umständen in die Beamtenzwangsarbeit pressen lassen werden und gemillt sind, zusammen mit den Kassenvorständen und den Versicherten alle Angriffe auf das Selbstverwaltungsrecht abzuwehren. Die beamteten Vertreter des Wohlfahrtsministeriums haben erkannt, daß die Situation sehr bedenklich ist, erklärten sich aber außerstande, von sich aus etwas zu unternehmen. Sie schlugen vor, daß sofort

Fristablauf Dienstag, den 22. 2.

(in Oberschlesien eingehend)

Sonntag, den 20. 2.

Wer erhebt Einspruch?

Antwort: Der Stimmberechtigte, wenn

1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist,
2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Bureau übergeben worden ist,
3. ihm eine zuverlässige Nachricht über erfolglose Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort: Sofort auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort: Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen. — Nicht mehr rechtzeitig beschaffbare Legitimationspapiere können nachgereicht werden.

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: **Stimmverlust!**

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

nach Rückkunft des Ministers im Laufe der nächsten Woche eine Sitzung im Wohlfahrtsministerium stattfinden solle. Vielleicht würde man hierbei zu einer Verständigung kommen.

An diese sachlichen Ausführungen schloß sich eine äußerst lebhaft diskutierte, in der in sehr scharfer und unabweidender Weise der Wille der Angestellten zum Ausdruck gebracht wurde, mit allen Mitteln, eventuell unter Anwendung des Streiks, die Zurückziehung der Verfügung zu erkämpfen. Ein Vorstandsmitglied einer großen Berliner Krankenkasse versicherte mit überzeugenden Worten, daß die Kassenvorstände sich ebenfalls gegen die Verfügung wenden und gewillt sind, mit den Kassenangeestellten zusammen den Kampf zu führen. Der aus der Versammlung heraus gemachte Vorschlag, der Kollegenchaft den Eintritt in den Streik zu empfehlen, wenn die Verhandlungen mit dem Ministerium zu einem befriedigenden Ergebnis nicht führen, wurde von der Versammlung unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen. In Anbetracht des Ernstes der Situation wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, die anderen wichtigen Punkte der Tagesordnung abzusehen und die Versammlung zu schließen.

Streik der Berliner Kohlenarbeiter und Kutscher.

Am Donnerstag morgen sind die Kohlenarbeiter und Kutscher Berlins in den Ausstand getreten. Der Streik ist entstanden wegen der Verzögerung der Annahme des am 2. Februar gefällten Schiedspruches durch die Unternehmer. Ueber den Eintritt in den Streik ist durch Abstimmung auf den einzelnen Plätzen abgestimmt worden. Für den Streik hatten sich 1762, dagegen 346 Stimmen erklärt. Eine am Mittwoch abend tagende Versammlung der Brauche hat daraufhin den sofortigen Streik beschlossen, der dann auch am Donnerstag morgen eingesetzt hat.

Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten.

Die Vertreter der Verbände folgender Postverbände: Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband Deutscher

Post- und Telegraphenbeamten, Verband der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, Bund geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Bund Deutscher Post- und Telegraphenassistenten und Anwärter sind nach eingehender Durchberatung von Richtlinien als Grundlage für den künftigen Sängungsentwurf übereingekommen, unter Vorbehalt der Zustimmung der jagungsmäßigen Organe die Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten mit Befähigung zu vollziehen. In den Richtlinien für die zukünftige Organisation ist u. a. korporativer Anichluß an den Deutschen Beamtenbund vorgesehen.

Allgemeiner verbindlicher Tarif für Berliner Redakteure.

Die am 26. November v. J. zwischen dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe und dem Verbandsverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse getroffenen neuen Vereinbarungen zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter der Tageszeitungen sind für das Gebiet des ehemaligen Landespolizeibezirks Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Oktober 1920.

Achtung, Pußer!

In der Donnerstag-Morgenausgabe der „Roten Fahne“ ist unter der Rubrik „Kleine gewerkschaftliche Nachrichten“ folgende Notiz enthalten:

Deutscher Bauarbeiterverband „Sektion der Pußer“. Sitzung der Mitglieder der V.R.P.D. abends 7 Uhr im Zimmer 11, Münzstr. 24 III.

Die Anzeige erweckt den Anschein, als ob der Deutsche Bauarbeiterverband, Sektion der Pußer, der Einberufer dieser Sitzung wäre. Wir geben hierdurch den Mitgliefern bekannt, daß wir diese Sitzung nicht einberufen haben. Unsere Mitgliederversammlung findet am 22. Februar abends 7 Uhr Alexanderstr. 76 statt, in der unsere Sektionsangelegenheiten erledigt werden.

Der Sektionsvorstand.

Achtung, Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte!

Heute abend 6 Uhr muß jeder Betrieb, der am Sonnabend arbeitet, durch einen Vertreter Propagandamaterial zur Wahl im Bureau, In den Jellen 23, abholen lassen.

S.P.D.-Betriebssekretariat.

Buchbinderverband, Zugsapapier- und Kartonbranche. Streikunterstützung an die Kollegenchaft dieser Branchen wird nur bis

Sonnabend, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, ausgeübt. Nachzügler, die bis dahin ihre Unterstützung nicht abgeholt haben, gehen ihrer Rechte verlustig.

Die Ortsverwaltung.

Gemeindearbeiterstreik. In Weimar sind durch Streik der städtischen Arbeiter laut L.L. alle lebenswichtigen Betriebe stillgelegt. Zeitungen erscheinen nicht.

Textilarbeiterstreik in Frankreich. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille haben die Textilarbeiterfabrikanten von Roubaix und Tourcoing ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie den im April v. J. bewilligten Stundenzuschlag aufheben. Infolgedessen haben die Arbeiter in den beiden Städten und deren Umgegend für den kommenden Montag den Generalstreik erklärt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Mineralwasserfabriken! Sonnabend, den 19. Februar, abends 6 1/2 Uhr, Vereinslokal von Giesens, Reichstr. 15 (am Reichsgerichtshof), Große Versammlung.

Generalverband der Angestellten. Zu der Versammlung am Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, in Danzlands Hofstätten, Neue Friedrichstr. 35, sollen u. a. die Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsoblate, welche Mitglieder des Generalverbandes der Angestellten sind und den Nachrappen 14/15 (Betriebe) angehören, zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Betriebsräte erscheinen.

Bericht. Sie den redakt. Teil: Dr. Ernst Beller, Charlottenburg; für Krugstein: Th. Gode, Berlin. Verlag: Herold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schwarts-Puchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Blatt.



Dujardin
der renommierten
Weinbrand.

DUJARDIN & Co G.m.b.H. ÜRDINGEN a. Rh.
LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTE MARITIME)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114.
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4941.

Leciferrin-Tabletten

beliebtes Hausmittel als Bluterzeuger, Nervenstärker.
Preis Mark 8.—, in Apotheken erhältlich.

Arbeiter-Wäsche

zu Fabrikpreisen

Frauen-Unterröcke u. Hofen farblich 15 bis 23 M.
" " " weiß 20 bis 25 M.
für Kinder 12 bis 15 M.

mit Spitzen von 5 M. zu schlag

Einzeln Männer-Handen 25 M.

beste Verarbeitung, keine Reibemare, solange der Vorrat reicht

Nur abends zwischen 5-8 Uhr.

Herbert Epstein, Charlottenburg I
Zauggener Str. 9, Portal 1, 2. Etz. am Lustigplatz.
Bahnverbindung: Linie 5, 8, 10, 18, 34, 104.
Bahnhöfe Jungfernhöhe.

Entfettungs-Tabletten

Stärke: „Sibala“

das erfolgreichste und unerschöpfliche Mittel gegen Fettflecken.

Ohne Diätzwang.

Gewichtsabnahme bei ausgezeichnetem Wohlbehagen.

Pei-fan-Apothete, Berlin, Leipzigerstr. 93
an der Charlottenbr.

Preis um 27/5.

Wohnungs-Austausch

5. edition (1881) Lagerhaus 1738

A. SCHÄFER

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 36

Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

Geschäftszeit 8 1/2 - 7.

Peek & Cloppenburg

G. m. b. H.

Gertraudenstr. 25-26 BERLIN C, Roßstraße 1 u. 2

Preiswerte Konfirmanden-Anzüge

	Form	Breite 68-70	Breite 72-76	Breite 78-82	Breite 84-86	
13734	Dunkel gemust. Cheviot	1reihig	390.—	400.—	415.—	435.—
13665	Dunkel melierter Cheviot	1reihig	450.—	460.—	475.—	495.—
13799	Dunkelblauer Cheviot	1reihig	510.—	520.—	535.—	555.—
13801	Dunkelblauer Cheviot	2reihig	516.—	526.—	541.—	561.—
13668	Dkl. mel., sehr haltbarer Chev.	1reihig	525.—	531.—	550.—	571.—
13822	Dunkelblauer Cheviot	2reihig	540.—	550.—	565.—	585.—
13793	Marango-Cheviot	1reihig	635.—	655.—	685.—	715.—
13789	Marango-Cheviot	2reihig	645.—	665.—	695.—	735.—

Gute Stoffe und Zutaten wie früher.

Kreuzfuchse 300 M.

Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfuchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Geb- und Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ullter, früher bis 1200 Mark, jetzt 800 bis 950 Mark.

Leihhaus, Moritzpl. 58a

Edelmetall

und edelmetallhaltige Abfälle sowie Gold u. Silber in Bruch u. Wärfeln jeder Form samt ständig Scheideanstalt

Fr. Urbajsek,
Berlin SW 68,
Markgrafstr. 23

Gebr. 1853, Str. 4908

Ziehung 23. Febr. — 1. März
Kriegsgelung. - Helmkehr-
Geld-Lotterie
26670 Gew. ohne Abzug M.

1000000
250000
100000

Original-Lose a M. 6.—
Porto und Liste M. 1.20 mehr.

Smil Stiller
Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 99
Postcheck-Konto 20016.

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Horn-, Geschlechtsleid., u. Milt. u. Frauen, Blutanter., Invalidenstr. 28, Ecke Chausseestr. Steet. Bkt. Sp. wochentäglich 11-7, 8-1/2.